Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Alfringhaus, Berlin.
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198

Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drahtanschrift: Sopadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.
Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsersten, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 29. Juli 1930

Unangebrachte Drohungen.

von Rudolf Breitscheid.

Inf. Instituut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Der Führer der Zentrumspartei, Prälat Kaas, und der preussische Landtagsabgeordnete Hess, der Vorsitzende der Preussischen Zentrumsfraktion, haben am Dienstag auf einer Sitzung des Zentrumsparteivorstandes der Sozialdemokratie wieder einmal mit dem Bruch der preussischen Regierungskoalition gedroht. Herr Kaas, so berichtet die "Germania", wies auf das seltsame Bündnis hin, zu dem sich die Sozialdemokratie im Reichstag mit Hugenberg, Hitler und den Kommunisten zusammengefunden habe, und wandte sich scharf dagegen, dass Ministerpräsident Braun und der Führer der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, Heilmann, im Reichstag gegen das Kabinett Brüning gestimmt haben. Herr Hess erklärte es für einfach unerträglich, wenn der zum Teil ganz hemmungslose und vor allem innerlich vollkommen unwahrhaftige Kampf so weiter gehen solle, wie er jetzt von der Sozialdemokratie gegen das Zentrum und den Reichskanzler Dr. Brüning geführt werde. "Wenn die Sozialdemokratie nicht endlich zu einer grundsätzlichen Änderung ihrer Kampfesart nicht nur, sondern auch ihrer ganzen politischen Arbeitsmethode zu kommen vermag, wird eine Zusammenarbeit mit ihr zur Unmöglichkeit."

Wir haben ähnliche Warnungen schon bald nach der Bildung des Kabinetts Brüning vernommen, als die Sozialdemokratie gegen die neue Regierung in eine selbstverständliche Opposition trat. Sie sind dann allmählich wieder verstummt da das Zentrum wohl einsah, dass es die Sozialdemokratie von dem Wege ihrer politischen Pflicht nicht abbringen könne, und dass ausserdem die gegen uns erhobenen Vorwürfe der Illoyalität völlig unberechtigt seien. Jetzt vor den Wahlen werden die Drohungen in womöglich noch verschärftem Tone wiederholt.

Was will man eigentlich von uns? Es scheint uns reichlich weit zu gehen, wenn Herr Kaas zwei sozialdemokratischen Mitgliedern des Reichstags, die gleichzeitig eine politische Rolle in Preussen spielen, einen Vorwurf daraus macht, dass sie der Parole ihrer Fraktion gefolgt sind. Als Reichstagsabgeordnete hatten sie so zu stimmen, wie es die Verhältnisse im Reich, für deren Entwicklung wir nicht die Verantwortung tragen, erfordern. Und es ist - wir müssen schon ein hartes Wort gebrauchen - eine Anmassung des Zentrumsführers, wenn er einzelnen unserer Parteifreunde Vorhaltungen wegen ihres politischen Verhaltens macht.

Kaum ernst zu nehmen ist die weitere Anklage, wir hätten uns mit Kommunisten, Nationalsozialisten und Herrn Hugenberg verbündet. Wir haben uns gegen die Vorlagen der Regierung gewandt und haben die Aufhebungen der Verordnungen beantragt, ohne danach zu fragen, welche Stellung andere Parteien einnehmen würden. Wenn die Gruppen der äussersten Rechten und der äussersten Linken uns gefolgt sind, so ist das ausschliesslich ihre eigene Angelegenheit gewesen. Wir haben nicht um deutschnationale Stimmen geworben. Aber geworben haben um sie mit Worten sowohl wie mit Taten die Regierung und ihre Parteien, und

wenn solche Bemühungen Verurteilung verdienen, so fällt diese Kritik auf das Kabinett Brüning zurück. Dass seine Anstrengungen keinen Erfolg hatten, geht uns nichts an. Und wie ist es beispielsweise bei der Amnestievorlage gewesen? Waren wir da etwa die Verbündeten der Kommunisten und der Nationalsozialisten oder waren es nicht die bürgerlichen Parteien einschliesslich des Zentrums, die sich durch ein solches Zusammengehen in keiner Weise moralisch bedrückt fühlten?

Nun aber die allgemeiner gehaltenen Angriffe des Herrn Hess. Von einem hemmungslosen und innerlich unwahrhaftigen Kampf ist da die Rede. Die sozialdemokratische Partei will eine derartige Form des Kampfes sicher nicht. Aber auch diesmal scheint es wieder so zu sein, dass das Zentrum jede Kritik, die ihm nicht passt, als hemmungslos und innerlich unwahrhaftig bezeichnet. Es kann es nicht ertragen, dass wir Front gegen ein Kabinett machen, dessen Grundgesetz das Regieren ohne die Sozialdemokratie war und das geradezu zwangsläufig in die Bahn des Regierens gegen die Sozialdemokratie und gegen die Arbeiterschaft gedrängt worden ist. Es empfindet es als unerträglich, dass wir die Anwendung des Artikels 48 als einen zur Genugtuung der Verfassungsgegner unternommenen Vorstoss gegen die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie kennzeichnen.

Kein Unbefangener wird bestreiten können, dass die Sozialdemokratie bis an die Grenze des ihr Möglichen gegangen ist, um das Verlassen der geordneten parlamentarischen Bahnen zu verhindern. Wir haben uns zur Mitarbeit an der Finanzreform angeboten, aber man hat uns zurückgewiesen und man hat keinerlei auch nur halbwegs ernst zu nehmende Verhandlungen mit uns angeknüpft. Man konnte es nicht, und man durfte es nicht. Denn der Sinn der Regierung Brüning war der, die Sozialdemokratie in eine hoffnungslose Opposition zu drängen. Das hat zu allem Überfluss, ohne Widerspruch zu finden, das Organ des Ministers Treviranus vor wenigen Tagen deutlich genug ausgesprochen.

Unsere Aufgabe ist es, jetzt dafür zu sorgen, dass am 14.September aus der Minderheit Brünings keine Mehrheit werde. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir unsere ganze Kraft anzuspannen, und daraus ergibt sich von selber die Notwendigkeit der Abrechnung mit den Parteien, die die Regierung bisher unterstützt haben oder ihr im neuen Reichstag zu einer Majorität verhelfen sollen. Rücksichten auf die Aufrechterhaltung der Koalition in Preussen können uns dabei nicht hindern. Wir wünschen, dass sie bestehen bleibt. Aber niemand kann von uns erwarten, dass wir um dieses Zweckes willen den Kampf im Reiche dämpfen und uns so mitschuldig an der Weiterführung eines Systems machen, das wir aus staatsrechtlichen, sowie aus allgemein politischen Gründen für verhängnisvoll erachten. Wir sähen es nur gern, wenn allen Stellen im Reich an der Fortdauer erträglicher Beziehungen zwischen den preussischen Regierungsparteien ebenso viel gelegen wäre wie uns. Dass das leider nicht der Fall ist, hat schon die Art und Weise bewiesen, wie der Hindenburg-Brief an den preussischen Ministerpräsidenten zustandegekommen ist.

Die Auseinandersetzungen mit dem Zentrum, die uns aufgezwungen sind, wollen wir sachlich führen. Aber wenn man Drohungen gegen uns ausstösst, so wird unsere Absicht dadurch nicht erleichtert. Und schliesslich wird es nicht, wie Herr Hess sagt, die sozialdemokratische Kampfesart sein, die "jeden grossgedachten demokratischen Staatsgedanken für die Gegenwart zerschlägt und für die Zukunft in Frage stellt", sondern die Demokratie wird bedroht von denen, die bewusst die Sozialdemokratie ausschalten wollen und im Reich und in Preussen den Anschluss an die Rechte suchen.

SPD. Der bisherige demokratische Reichstagsabgeordnete Anton Erkelenz ist zur Sozialdemokratie übergetreten. Er hat seinen Austritt aus der Demokratischen Partei in einem längeren Schreiben an den Abgeordneten Koch-Weser begründet, dem wir folgendes entnehmen :

"In Anbetracht der politischen Gesamtlage sehe ich mich genötigt, mein

Amt als stellvertretender Vorsitzender des Parteiausschusses niederzulegen. Gleichzeitig erkläre ich hiermit meinen Austritt aus der Deutschen Demokratischen Partei. Das mir von den beiden Heimatwahlkreisen angebotene Spitzenmandat für die Wahlkreise Düsseldorf Ost und West habe ich mit herzlichem Dank für das mir entgegengebrachte Vertrauen abgelehnt.

Nach der Revolution von 1918 habe ich eine grosse demokratische Partei für eine geschichtliche Notwendigkeit gehalten. Sie hatte die wichtige Aufgabe, die Gegensätze zwischen rechts und links auszugleichen und ein zielbewusstes Hineinwachsen des deutschen Volkes in die Selbstregierung durch Republik, Demokratie und Parlamentarismus zu sichern. In dieser Hinsicht hat die Demokratische Partei nach der Revolution grosse Leistungen vollbracht, hat dem deutschen Volk und dem neuen Staat die grössten Dienste geleistet. Mit den Jahren hat sich aber immer deutlicher gezeigt, dass die Kreise, die nach ihrem inneren Wesen zur demokratischen Partei gehören müssten, für die grossen Aufgaben der Partei in der Aussen- und Innenpolitik nicht das erforderliche Verständnis und die nötige Opferwilligkeit aufbringen. Sie sind immer mehr die Opfer nationalistischer und antisozialistischer Schlagworte geworden und haben ihre Mithilfe verweigert bei dem national so ausserordentlich wichtigen Hineinwachsen der deutschen Arbeitnehmerschaft in den neuen Staat und seine Aufgaben. Die Partei ist deshalb von Wahl zu Wahl kleiner geworden und hat unter grösster persönlicher Aufopferung ihrer Führer in Stadt und Land nur noch einen Teil ihrer Aufgaben erfüllen können. .....Die Partei war durch den Misserfolg der Wahlen von 1928 so eingeschüchtert, dass sie ein immer stärkeres Bedürfnis nach Anlehnung und Verschmelzung mit weiter rechts stehenden Parteien erkennen liess. Eine solche Anlehnung und Verschmelzung hat gewiss parlamentarisch-taktisch ihre Vorteile. Sie verändert aber den Grundcharakter der Partei so stark, dass von den Parteianhängern, die durch die Schule Friedrich Naumanns gegangen sind, ein grosser Teil in einer solchen rechts angelehnten "bürgerlichen" Partei nicht mehr die Partei sehen kann, der sie ihre Lebensarbeit weiter widmen können. Das gilt besonders auch von der in Bildung begriffenen neuen "Staatspartei", die nur in starker ideologischer und politischer Anlehnung an Rechtsbestrebungen einen Sinn hat. Die Beteiligung der Demokratischen Partei an der Regierung Brüning und die Mitverantwortung für die Politik dieser Regierung zeigte, dass das falsche Schlagwort des "Kampfes gegen den alles überwuchernden Sozialismus" in der Demokratischen Partei mehr Zustimmung gefunden hatte, als sich mit dem Charakter der Partei als demokratische und soziale Mittlergruppe vereinbaren liess. Die Politik Brüning hat die Demokratische Partei in ihrem inneren Kern tödlich verletzt. In der Regierung Brüning wurde die demokratische Fraktion die Gefangene aller reaktionären Wünsche der Deutschen Volkspartei, der Wirtschaftspartei, des Landbundes. Fast alle neuen Lasten wurden auf die Nicht- oder Wenigbesitzenden abgelegt und der Abbau der Sozialpolitik und der Löhne mit einem Eifer betrieben, der sich nur aus dem Gefühl befriedigter Rache erklärt.

Es ist unmöglich, sich in einer Partei zurecht zu finden, die nach Art der alten nationalliberalen Partei heute links, morgen rechts steht, die aber immer dabei sein soll. Ich habe es abgelehnt, für die Massnahmen dieser Regierung meine Stimme abzugeben und kann auch im Wahlkampf diese Politik nicht mit verteidigen. Wenn die Wortführer des deutschen Bürgertums einen Entscheidungskampf suchen gegen den Teil des Volkes, der in Not und Verzweiflung am treuesten zum neuen Staat gestanden hat, dann ist mein Platz an der Seite der Arbeitenden, an der Seite derjenigen, die für die Freiheit der Arbeit, der Arbeit des Geistes und der Hand eintreten. Die taktischen Bindungen, die mir die Zugehörigkeit zur Demokratischen Partei in diesem Kampf seit Jahren auferlegt, muss ich nun, angesichts des offenkundigen Vorstosses aller reaktionären Kräfte, abstreifen.

So bleibt für mich kein anderer Entschluss, als der Austritt aus der Demokratischen Partei und der Eintritt in die deutsche Sozialdemokratie, die

seit Jahren schon einen grossen Teil der Aufgaben übernommen hat, die man ursprünglich der Demokratischen Partei stellen musste. Damit löse ich für mich persönlich auch die Frage, die an ein wichtiges Übel des deutschen Parlamentarismus rührt: die Zersplitterung des deutschen Parteiwesens. Wer die deutsche Demokratie erhalten will, muss lernen, sich in grosse Parteikörper einzufügen. In dem Augenblick, in dem ich aus der Partei scheide, darf ich auch vielleicht daran erinnern, dass Naumann selbst zweimal vor dem Entschluss gestanden hat, zur Sozialdemokratie überzutreten, 1903 und 1918."

SPD. Paris, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

Die sechste Jahresversammlung der Ciamac (Internationale Arbeitsgemeinschaft der Kriegsbeschädigten) fand mit einer gemeinsamen Pilgerfahrt der Kongressteilnehmer zum Kriegerfriedhof von Supir einen eindrucksvollen Abschluss. Die Veranstaltung gewann ihren besonderen Charakter durch die Teilnahme einer aus 100 Personen bestehenden Delegation des deutschen Reichsverbandes. Jeder einzelne deutsche Gau hatte eine Kriegerwitwe oder Hinterbliebene entsandt. Auch von französischer Seite nahmen über 200 Witwen an der Pilgerfahrt teil. In Supir sprachen der französische Delegierte Faunteney, Brandeis-Wien und das Bundesvorstandsmitglied des Reichsbundes, Frau Harnosz. Sie forderte die Kriegerwitwen aller Nationen auf, für die Völkerverständigung zu kämpfen und die heranwachsende Jugend im Geiste der Gerechtigkeit und nicht des Hasses zu erziehen.

An der Schlussitzung des Kongresses nahm ebenfalls die aus 100 Personen bestehende Delegation des Reichsverbandes der Kriegsbeschädigten teil. Es sprachen Abg. Rossmann, Professor Cass-Frankreich und als Vertreter des Reichsbanners Schwarz-rot-gold, Dr. Bärensprung. Dann wurden die Resolutionen der Friedenskommission, der Versorgungskommission und der Statutenkommission angenommen. In den Entschliessungen der Friedenskommission heisst es u.a.: Die Jahresversammlung der Ciamac erklärt es für eine Pflicht der ihrer selbst verantwortungsbewussten Völker und ihrer Regierung: 1. der Kriegshetze ein Ende zu setzen, die das Aufkommen wahrer Friedensgesinnung hindert, 2. das Wettrüsten sofort einzustellen, um wirklich eine allgemeine Entwaffnung vorzubereiten in Verbindung mit Schieds- und Sicherheitsverträgen, 3. den Völkerbund mit Mitteln auszustatten, die die Durchführung seiner Entscheidungen sichern und im allgemeinen Interesse schrittweise anstelle der rivalisierenden Rüstungen der einzelnen Staaten treten.

An anderer Stelle der Entschliessungen heisst es: "Die sechste Jahresversammlung der Ciamac hält eine bestimmte und zielbewusste Betätigung der Kriegsopfer und Kriegsteilnehmer für die moralische Entwaffnung für notwendig.. Sie fordert alle angeschlossenen Verbände auf, die entscheidenden und geeigneten Mittel anzuwenden, um in ihren Staaten die Mitarbeit der Verbände der Ciamac am Werke der pazifistischen Jugenderziehung zu sichern... Sie beauftragt endlich den Vorstand im Falle aufsteigender Kriegsgefahr beruhigend auf die Geister einzuwirken, Kriegshetzern entgegenzutreten und Kundgebungen zu veranstalten, in welchen die Kriegsopfer und Kriegsteilnehmer ihren festen Willen, die Wiederkehr des Krieges zu vermeiden, zum Ausdruck bringen."

SPD. Brüssel, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

Ein Spionageprozess, der seit einigen Tagen vor dem Brabanter Kriegsgericht geführt wird und im Anfang einige Sensation verursachte, scheint nach und nach zur Posse auszuarten. Angeklagt ist der Leutnant Joris, Sekretär im Kriegsministerium. Er ist des Landesverrats beschuldigt und soll mehrere, die Landesverteidigung betreffende Schriftstücke einer Person in Deutschland ausge-

händigt haben. Ferner ist er der Schriftstückfälschung in 1317 Fällen angeklagt. Er hat 1317 Briefe fälschlich in das Markenbuch eingetragen, um sich den Wert der Marken, etwa 4 300 Franken, zum Schaden der Staatskasse anzueignen.

Entdeckt wurde der angebliche Landesverrat im Juni vorigen Jahres, als das Ministerium des Äusseren in Brüssel von einem belgischen Konsul im Rheinland davon benachrichtigt wurde, dass ein junger Deutscher ihm ein, die belgische Landesverteidigung betreffendes Schriftstück zum Kauf anbot, das er im Briefeingang seines Arbeitgebers, den er täglich im Postamt von Dinslaken abholte, gefunden haben wollte. Unter der Post soll sich irrtümlich ein aus Brüssel datierter Umschlag befunden haben. Der darin enthaltene Brief bezeichnete als Ansender die Firma Belgisches Kontor für Auslandskohle und aus Adressaten einen Herrn Delhaide, der Kohlenhändler in Dinslaken sein soll. Die belgische Gegenspionage ging der Angelegenheit nach und will festgestellt haben, dass sowohl der Umschlag wie das Papier mit dem in der Dienstabteilung des Joris benutzten identisch ist. Auch sonst sollen verschiedene an sich nebensächliche Umstände denselben Ursprung verraten haben. Es wurde ferner "festgestellt", dass die Maschinenschrift des betreffenden Schriftstücks dieselben technischen Mängel aufwies, wie die in der Amtsstube des Joris gebrauchte Schreibmaschine. Von dem angeblichen Adressaten Delhaide konnte in Deutschland keine Spur entdeckt werden, obwohl festgestellt worden sein soll, dass er in Dinslaken tatsächlich ein Postfach gehabt hat. Als besonderes Verdachtsmoment wurde hervorgehoben, dass Joris, der mit der Öffnung des Briefeingangs im Ministerium betraut war, darüber hinaus auch in unbefugter Weise als geheim bezeichnete Umschläge ohne Zeugen öffnete und er sich insbesondere für die geheimen Berichte der belgischen Militärattachés im Ausland, namentlich in Paris stark interessiert zeigte. Als er verhaftet wurde, fand man in seinem Besitz die Abschrift eines geheimen Schriftstücks.

Anfangs stand die Sache für den Angeklagten sehr schlecht. Insbesondere einer seiner Untergebenen im Ministerium machte sehr stark belastende Aussagen, die aber neben der offenbaren Voreingenommenheit des nicht besonders intelligenten Zeugen eher entgegengesetzte Wirkung erzielten. Seitdem scheint die Anklage ganz in sich zusammenbrechen zu wollen. Ausserdem hat die juristisch wenig einwandfreie Haltung des Vertreters des Kriegsministeriums, der die Anklage führt, einen sehr ungünstigen Eindruck gemacht. Er weigerte sich trotz des Drängens der Verteidigung irgend einen Beweis für die Behauptung zu erbringen, dass das betreffende Schriftstück tatsächlich von einem jungen Deutschen einem belgischen Konsul verkauft und dem Aussenministerium in Brüssel übermittelt worden sei. Die Forderung der Verteidiger, die betreffende Person als Zeugen zu laden, wurde auf Verlangen der Anklage vom Gericht abgelehnt. Als einzigen Beweis wollte man den Bericht des belgischen amtlichen Nachrichtendienstes gelten lassen. Auch die Befragung des Chefs dieses Nachrichtendienstes wurde zunächst abgelehnt. Gegen dieses Verfahren legten die Verteidiger durch eine Erklärung formellen Protest ein, indem sie den Standpunkt vertraten, dass unter solchen Umständen von einer Beweisaufnahme überhaupt keine Rede sein könne. Demgegenüber liess sich der Vertreter der Anklage zu der Behauptung hinreissen, dass Regierungshandlungen überhaupt nicht der Kompetenz der Justiz unterliegen. Gleichzeitig wurde die Anklage ausserordentlich geschwächt durch die unerwartete Zeugenaussage eines Vorgesetzten von Joris, wonach dieser von ihm beauftragt gewesen sei, auch die als geheim bezeichneten Eingänge zu öffnen. Die Verhandlung zeigte mehr und mehr ein Bild völliger Zerrissenheit.

Am Dienstag kam es im Verlauf der Verhandlungen zu einem Zwischenfall, der schliesslich die Vertagung der Vernehmungen bis Donnerstag zur Folge hatte. Das Gericht hatte ein angeblich sehr wichtiges anonymes Schreiben aus Stavelot erhalten, von dem aber der Vorsitzende auf Verlangen der Anklage den Verteidigern keine Mitteilung machen wollte. Dagegen protestierten die Verteidiger, sodass schliesslich nichts anderes als die Vertagung übrig blieb.

SPD. Montreal, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Wahlen zum kanadischen Parlament führten zu einer schweren Niederlage der seit 13 Jahren am Ruder befindlichen Liberalen, dem ein völlig unerwarteter Erfolg der Konservativen gegenübersteht. Von 245 Mandaten erhalten die Konservativen nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis nicht weniger als 136. Das ist die absolute Mehrheit. Auf die Liberalen entfallen 84 Mandate, auf die Farmerpartei 10, die Fortschrittler 3, die Arbeiterpartei 3 und auf die Unabhängigen 5 Mandate. Die Verteilung von 3 Mandaten ist noch ungewiss.

Die Konservativen werden schon in allernächster Zeit die Regierungsgeschäfte übernehmen. Eine ihrer Hauptwahlparolen war die Ankündigung eines energischen Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit.

SPD. Der Preussische Ministerpräsident Dr. Braun hat auf Grund eines Beschlusses des Preussischen Staatsministeriums gegen den Landwirt Wilhelm Hamkens aus Tetenbüll, den Führer der Landvolkbewegung, Strafantrag wegen wiederholter grober Beleidigungen gestellt.

SPD. Angora, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

Alle amtlichen türkischen Siegesmeldungen aus den Ostprovinzen vermögen die Tatsache der immer noch zunehmenden Ausdehnung des Kurdenaufstandes nicht aus der Welt zu schaffen.

In den letzten Tagen der vergangenen Woche sind wieder mehrere Kurden-Stämme aus dem Irak über die Mossulgrenze in das türkische Wilajet Hakkiari eingebrochen. An der Spitze dieser Stämme steht der aus zahlreichen früheren Kämpfen und Aufständen berühmte Kurdenhäuptling Barzan, der enge freundschaftliche Beziehungen zu den Kurdenführern am Ararat und am Wansee unterhält. Die amtlichen türkischen Meldungen sprechen zwar nur von 500 Bewaffneten, die Barzan folgen sollen. Immerhin ist es den im Wilajet Hakkiari stehenden türkischen Truppen vorerst nicht gelungen, die Invasion zurückzuweisen, In grösster Eile sind Verstärkungen aus dem Wilajet Mardin nach Hakkiari entsandt worden. Der Kurdeneinbruch in das Wilajet Hakkiari ist für die Türkei um so gefährlicher, als es in diesem unwegsamen, abseits aller grossen Strassen nördlich von Mossul gelegenen Wilajet überhaupt keine türkischen Dörfer gibt und die ganze Bevölkerung aus Kurden besteht. Wenn es den Türken nicht gelingen sollte, Barzan und seine Truppe in wenigen Tagen niederzuwerfen, so ist mit einem allgemeinen Aufstande der Kurden auch in Hakkiari zu rechnen. Zeitpunkt und Ortswahl dieser neuen Kurdeninvasion zeigen sehr deutlich, dass zwischen den verschiedenen lokalen Kurdenaufständen und -Invasionen ein geheimer Zusammenhang besteht und die sich im Hintergrund der Bewegung haltenden eigentlichen Führer bei der Anlage aller dieser Aktionen nach durchaus modernen strategischen und taktischen Gesichtspunkten verfahren. Mit dem neuen Kurdeneinfall wird offenbar der Zweck verfolgt, den Aufständischen an der persischen Grenze wieder Bewegungsfreiheit zu verschaffen.

SPD. Weimar, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

Die "Allgemeine Thüringische Landeszeitung veröffentlicht unter dem Titel "Regierungskrise in Weimar" einen Artikel, in dem es heisst, dass gewisse Kreise mit dem Gedanken spielen, mit der Wahl zum Reichstag auch zum Landtag neu zu wählen. Der Gedanke sei zuerst auf dem Gautag der Nationalsozialisten in Gera laut geworden. Man habe dort den Gedanken aufkommen lassen, dass es vielleicht bald zu einem Bruch der Koalition kommen könnte und

zwar wegen des Abstimmungsergebnisses über die Misstrauensanträge der Sozialdemokratischen Partei gegen Frick und Marschler und der Stellung der Volkspartei zu diesen Anträgen.

Die Landbundzeitung, das Organ des Ministers Baum, widerspricht den Gerüchten, wonach die Tage der thüringischen Regierung gezählt seien, erklärt aber gleichzeitig, dass es durchaus nicht unmöglich erscheine, dass es in Anbetracht der finanziellen Schwierigkeiten, die infolge der Sperrung der Polizeizuschüsse zu verzeichnen seien, zu ernsten Meinungsverschiedenheiten im Kabinett komme und eine Krise herbeigeführt werde.

SPD. London, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

Im Unterhaus wurde am Dienstag nachmittag wieder einmal der Fall Sandham und die von Sandham gegen die Mitglieder der Labour-Fraktion erhobenen Vorwürfe behandelt. Sandham war diesmal anwesend und verlas nochmals seine in Manchester gehaltene Rede. Mehrmals rief ihn der Präsident zur Ordnung. Als Sandham trotzdem mit der Verlesung seiner Rede fortfahren wollte, wurde er von Maxton gebeten, sich der Ordnung zu fügen. Sandham schloss mit den Worten, er stehe zu jedem seiner Worte. Dann musste Sandham dem parlamentarischen Brauch gemäss den Sitzungssaal verlassen. Er tat es, von den Zurufen aus allen Parteien: Beweise, Beweise! begleitet.

Da ein konservativer Abgeordneter den Antrag eingebracht hatte, Sandham zur Verantwortung zu ziehen, musste der Ministerpräsident Stellung nehmen. MacDonald tat es indem er erklärte, Sandham habe seine Worte nicht zurückgezogen und auch keinen Beweis für seine Behauptungen geliefert. Deshalb müsse ihm hierzu vor dem verfassungsmässig bestimmten Parlamentsausschuss Gelegenheit gegeben werden. Baldwin und Lloyd George unterstützten MacDonald und sagten, es handele sich nicht nur um die von Sandham schwer beleidigten Mitglieder der Arbeiterpartei, sondern auch um die Würde und das Ansehen des Parlamentes. Zum Schluss der Debatte wurde ein Antrag MacDonalds auf Einberufung des zuständigen Untersuchungsausschusses mit 419 Stimmen gegen acht Stimmen der engeren Freunde Sandhams angenommen. Der Ausschuss, vor dem sich Sandham jetzt wird verantworten müssen, hat nach der Verfassung strafrichterliche Gewalt.

SPD. Mailand, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

Der italienische Ministerrat hat beschlossen, zum Wiederaufbau der bei der Erdbebenkatastrophe in Süditalien zerstörten Gebiete einen Betrag von 100 Millionen Lire zur Verfügung zu stellen. Die Wiederaufbauarbeiten sollen sofort unter der Aufsicht des Minister für die öffentlichen Arbeiten in Angriff genommen werden. Mit dem zur Verfügung gestellten Betrag von 100 Millionen Lire wird jedoch nur ein kleiner Teil der Wiederaufbaukosten bestritten werden können.

SPD. Peking, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Regierungstruppen haben in den letzten Tagen schwere Niederlagen und grosse Gebietsverluste erlitten. Changsha, die Hauptstadt von Hunan, ist von den Oppositionstruppen eingenommen worden. Britische, japanische und amerikanische Kanonenboote haben sämtliche in Hunan weilende Ausländer an Bord genommen.

SPD. Kassel, 29. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Präsident der Landwirtschaftskammer Kassels, Herr von Keudell - Wolfbrunn, ferner der 1. Vorsitzende des kurhessischen Landbundes Nägel-Crummbach und die 1. Vorsitzende des Verbandes der ländlichen Hausfrauenvereine, Frau von der Malsburg-Eschberg, sind aus der Deutschnationalen Volkspartei ausgetreten.

Der Gesamtvorstand des kurhessischen Landbundes fasste eine Entschliessung, in der die Haltung seiner Vertreter auf der Bundesvorstandssitzung des Reichslandbundes gutgeheissen und in der zur Wahl der Landvolk-Listen aufgefordert wird. Im Schlussatz der Entschliessung wird der engere Vorstand aufgefordert, die "erforderlichen Vorbereitungen" zu eigenen Wahllisten zu treffen.

SPD. Wien, 29. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Bundesregierung hat am Dienstag u.a. den Kandidaten der Heimwehr und Grazer Vizebürgermeister Dr. Strafella zum Mitglied der Verwaltungskommission der Bundesbahnen ernannt. Strafella ist von der "Wiener Arbeiterzeitung" in letzter Zeit wiederholt der Korruption und der Spekulation mit Lokalbahnaktien und einer Reihe von anderen Korruptionsgeschichten bezichtigt worden. Man hat ihn allerdings nicht zum Generaldirektor, wie es die Heimwehr wollte, sondern nur zum Mitglied der Verwaltungskommission ernannt und hat, um diese Ernennung durchführen zu können, einen Eisenbahnfachmann, der erst vor 4 Monaten in die Hauptverwaltung der Bundesbahnen berufen wurde, ausgeschifft.

Die Ernennung Strafellas hat in der Oeffentlichkeit grosses Aufsehen hervorgerufen und ist in der hochsommerlichen Stille der Politik zu einer politischen Sensation geworden. Es handelt sich um einen neuen Skandal des antimarxistischen Kurses der österreichischen Bürgerblockregierung.

SPD. Weimar, 29. Juli (Eig. Drahtb.)

Der thüringische Wirtschafts- und Justizminister Dr. Kästner, der gegenwärtig die in Urlaub befindlichen Minister Frick und Baum, vertritt, hat sich nach Garmisch in Oberbayern begeben, wo eine Zusammenkunft der drei thüringischen Minister stattfinden soll. Zweck der Reise ist eine Aussprache über das vorläufige Urteil des Staatsgerichtshofes in dem Streit um die gesperrten Reichsgelder und über die dadurch geschaffene Lage. Minister Dr. Kästner (Wirtschaftspartei) soll die Auffassung vertreten, dass in der Streitsache eine Verständigung mit dem Reiche herbeigeführt werden müsse, bevor der Staatsgerichtshof sein Urteil fällt. Frick ist damit nicht einverstanden. Er will, dass der Staatsgerichtshof sich für oder gegen Thüringen entscheiden soll.

SPD. London, 29. Juli (Eig, Drahtb.)

In der Dienstag-Sitzung des Unterhauses erklärte MacDonald, die Regierung habe beschlossen, die britische Delegation zur kommenden englisch-indischen Konferenz aus je drei oder vier Mitgliedern aller englischen Parteien zusammenzusetzen. Die Regierung werde sich jedoch in ihren Entschliessungen für die Konferenz volle Handlungsfreiheit vorbehalten.

SPD. Der Parteiausschuss der Landvolk-Partei hat nach einer Mitteilung der "Landvolk-Nachrichten" beschlossen, mit der Konservativen Volkspartei eine gemeinsame Reichsliste unter dem Kennwort "Deutsches Landvolk" (Christlich-nationale Bauern- und Landvolk-Partei) aufzustellen.

Reichsernährungsminister Schiele hat sich der Landvolk-Partei angeschlosse

---

SPD. Montreal, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

Die kanadischen Wahlen haben der konservativen Partei einen grossen Erfolg und zugleich die Majorität im kommenden Parlament verschafft. Die Liberalen sind geschlagen und die Folge ist, dass die seit 13 Jahren fast ununterbrochen im Amt befindliche liberale Regierung Mackenzie King zurücktreten muss. Bennett der konservative Führer, wird der künftige Ministerpräsident sein. Die Konservativen haben 134 Sitze errungen, das sind 45 mehr als im alten Parlament. Die Liberalen sind von 123 auf 84 Mandate zurückgegangen. Die mit der englischen Labour Party eng verbundene kanadische Arbeiterpartei hat ihre bisherigen drei Sitze behaupten können. Die übrigen Mandate verteilen sich auf kleinere Splitterparteien. Fünf Wahlkreisergebnisse stehen noch aus.

Klassenmässig betrachtet ist der politische und soziale Unterschied zwischen den Konservativen und Liberalen sehr gering. Das alte Parlament wurde aufgelöst wegen Meinungsverschiedenheiten über die Zweckmässigkeit und die Höhe der Schutzzölle. Auch Kanada leidet unter der Wirtschaftskrise und der damit einherschreitenden Arbeitslosigkeit. Ein neuer Zolltarif, den die liberale Regierung eingebracht hatte, wollte den englischen Waren die bisher üblichen Einfuhr-Vorteile gewähren. Die Konservativen waren jedoch unzufrieden und erklärten, zuerst komme Kanada und dann erst das britische Imperium. Das war auch die Wahlparole. Die Wähler haben sich in ihrer Suche nach einem Ausweg aus der Wirtschaftskrise für diese Parole und damit für eine konservative Regierung erklärt. Sie wird zwar nicht die kanadische Wirtschaftskrise und nicht die Arbeitslosigkeit beseitigen, aber es beweist den Hang und Drang der britischen Überseeländer nach grösserer wirtschaftlicher Selbständigkeit. So betrachtet wird der Wahlausgang in Kanada und der Regierungswechsel einige Bedeutung für die kommende britische Reichskonferenz haben.

SPD. Bochum, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

In Essen wurden am Dienstag die Verhandlungen über Arbeitszeit und Lohn im Gebiete Nordwest weitergeführt. Zu Beginn der Verhandlungen teilten die Unternehmer mit, dass sie auf die geplante Kündigung des Lohntarifs verzichten wollten. Der Wortführer des Deutschen Metallarbeiterverbandes, das Vorstandsmitglied Reichel-Stuttgart, begründete die Notwendigkeit einer Arbeitszeitverkürzung mit der allgemeinen wirtschaftlichen Lage sowie mit den Auswirkungen der Rationalisierung und der durch sie bedingten Arbeitslosigkeit. Aus diesem Grunde müsse der DMV seine alte Forderung auf die allgemeine Einführung des Achtstundentages aufrecht erhalten. Daraufhin unterbreiteten die Arbeitgeber einen Vorschlag für die Neuregelung der Arbeitszeit, der kleine Verbesserungen vorsieht. Die Vertreter der Gewerkschaften erklärten, dass sie diesen Vorschlag ihren Verhandlungskommissionen unterbreiten würden, von deren Stellungnahme die Entscheidung abhängig sei. Damit waren die Verhandlungen zunächst abgeschlossen.

Am Dienstag abend nahm die Funktionärkonferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes zum Vorschlage der Arbeitgeber Stellung, sie vertagte jedoch die Entscheidung auf Mittwoch. Auch die übrigen Gewerkschaften treten morgen zusammen.

Der Vorschlag des Arbeitgeberverbandes Nordwest lautet: Die Parteien

des Tarifvertrages vereinbaren: 1) Die Kündigung der Regelung für Lohn und Arbeitszeit vom 21.Dezember 1928 wird nicht ausgesprochen. 2) Die somit in Kraft bleibende Regelung der Arbeitszeit wird in folgenden Punkten verändert: Es verfahren an den sechs Wochentagen eine Arbeitszeit erstens von 48 Stunden die Reparaturarbeiter in den Gas- und Gebläsezentralen, in denen die Hauptposten bereits in die 48stündige Arbeitszeit überführt sind, die Schlackenmeister der Hochofenwerke auf den Halden, die Arbeiter der magnetischen Ausscheidungsanlagen und die Arbeiter der Tomasschlackenmühlen; eine Arbeitszeit von 52 Stunden die Beizer aller Art, soweit der Produktionsgang in den anschlisenden Betrieben dadurch nicht beeinträchtigt wird, die Arbeiter der Press- und Hammerwerke und die Arbeiter in den Federfabriken, die bisher 57 Stunden gearbeitet haben. 3) Für die von den vorstehenden Arbeitszeitverkürzungen betroffenen Arbeiter wird eine Neuregelung der Löhne werklich vorgenommen. In Streitfällen entscheiden die Vertragsparteien.

SPD. New York, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

Auf dem Erie-See bei Dunkirk kenterte am Dienstag ein mit 21 Personen besetzter Dampfer. Das Schiff sank und riss einen Teil der Besatzung mit in die Tiefe. Nur 6 Mann konnten nach zweistündigem Schwimmen von einem herbeieilenden Dampfer noch lebend geborgen werden. 15 Personen gelten als ertrunken

---

SPD. London, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

Ein nach Neapel entsandter Sonderkorrespondent des "Daily Herald" berichtet schreckliche Einzelheiten über die süditalienische Erdbebenkatastrophe. Entgegen der von der italienischen Regierung offiziell angegebenen Totenziffer von 2 200 schätzt der Berichterstatter die Zahl der ums Leben gekommenen Menschen auf 15 000. Das sei das Ergebnis seiner sorgfältigen Beobachtungen und Berechnungen während seiner Reise durch die zerstörten Gegenden. Auf die Frage des Berichterstatters, wie die italienische Regierung zu ihren Zahlen gekommen sei, habe ein Beamter erklärt, man habe bis jetzt nur die geborgenen Leichen notiert. Ohne Furcht, widerlegt zu werden, so heisst es in dem Bericht des Korrespondenten des "Daily Herald", könne er feststellen: Vielleicht 60 bis 70 % der Toten lägen noch unter den Trümmern, 500 Städte und Gemeinden seien zerstört. In Aquilonia habe er 300 Überlebende von einer Bevölkerung von 3 500 Menschen gefunden. In Lacedonia mit 8044 Einwohnern sei die Hälfte umgekommen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Staat und Stamm.

Die Ausrottung des Kurdenvolkes.

SPD. Jener über 5000 Meter aufragende Berggipfel im türkisch-persischen Grenzgebiet, von dem 1.Mose 8,4 kündet: "Am siebenzehnten Tag des siebenten Monats liess sich der Kasten nieder auf das Gebirge Ararat", also jener Landungspunkt der Arche Noah rückt heuer unter dem Geschnatter der Maschinengewehre und dem Gekrach der Fliegerbomben wieder einmal aus der biblischen Legende in die wirkliche Geschichte, denn Türken und Kurden würgen einander dort mit verbissener Wut ab.

Je weniger die europäische Öffentlichkeit von den Einzelheiten der Ereignisse erfährt, dest mehr deutet sie an den Ursachen der Bewegung herum. Die geschworenen England-Feinde sind mit ihrer Erklärung rasch bei der Hand: den Kurdenaufstand, natürlich hat ihn mit Gold und satanischen Künsten der britische Imperialismus geschürt! War nicht schon vor dem Weltkrieg das, was sich mit Blättern in Agypten, dann in Genf etwas grosspurig kurdische Unabhängigkeitsbewegung nannte, ein Kunstprodukt, Schutzmarke London? Suchte nicht am Weltkriegsende England ein "selbständiges" Kurdistan zu schaffen, als Feld auf dem Schachbrett britischer Weltpolitik? Und hatten bei dem grossen Kurdenaufstand von 1925 nicht englische Emissäre die geschickten Finger im Spiel.

All das mag stimmen. Auch ist es ganz und gar nicht unmöglich, dass, ohne Wissen der Labour-Regierung, diesmal dunkle Geheimagenten des Foreign Office ins Feuer geblasen haben, weil hier, wo sich die Interessensphären mehrerer Imperialismen schneiden, ein unter britischem Einfluss stehendes Kurdistan ein Vorwerk gegen Russland wäre. Dass die Aufständischen Zuzug von ihren Stammesgenossen in Persien und dem britischen Mandatsgebiet Irak erhalten haben, scheint ja sicher. Aber Aufstandsbewegungen ganzer Völker einzig auf das rollende Gold fremder Mächte zurückzuführen, ist die gleiche primitive und ungeschichtliche Auffassung, die die soziale Erhebung der Arbeiterklasse als Frucht böser "Verhetzung" hinstellt. Von nichts kommt nichts, und wenn sich die Kurden unter Kemals Herrschaft in ihrer Haut wohl fühlten, könnten die blanksten Pfundstücke sie nicht auf den Kriegspfad treiben.

Aber die Kurden kommen sich in der Reform-Türkei vor, als habe man sie meuchlings in eine Zwangsjacke gesteckt. Was sich hier blutig entlädt, ist der Gegensatz zwischen Staatsallmacht und Stammesverfassung. In der unzugänglichen Gebirgswildnis des armenisch-kurdischen Hochlandes hat sich nicht nur das Mittelalter, sondern auch die Urzeit wie in einem menschlichen Naturschutzpark erhalten. Bei den Kurden, einem Volk von Raubrittern und Viehhirten, ist neben einem wilden Feudalismus der "Gaugrafen", die altüberlieferte Gentilorganisation mit Blutrache und allem Zubehör Grundlage des Zusammenlebens. Der Stamm begrenzt die Welt, vom Staat wusste und weiss man nichts. Staat ist für den Kurden, ähnlich wie für den Albaner, ein grimm gehasstes Fremdwort. Schon die alte Türkei musste darum mit der steten Aufstandsbereitschaft der kurdischen Stämme rechnen, aber es ging im allgemeinen leidlich, einmal, weil die geistliche Oberhoheit des Kalifats die fanatisch islamischen Kurden an das Gesamtreich band, dann, weil die Sultane sich der Kurden als Werkzeug zur Niedermetzelung unerwünschter Elemente bedienten. Abdul-Hamid, der letzte unumschränkte Despot auf dem Throne Osmans, schuf aus Kurden die irreguläre Hamidijeh-Kavallerie, der der Ruf besonderer Grausamkeit voranflog, und liess durch Kurden die christlichen Armenier abschlachten, wie sie ein halbes Jahrhundert zuvor die christlichen Nestorianer abgeschlachtet hatten.

Mit der Umwandlung der Türkei aber in eine Laienrepublik ist nicht nur das wichtige geistliche Band zerrissen, sondern mit Kemal kommt auch zwar nicht der moderne Staat, doch immerhin ein Staat wie das Preussen Friedrich Wilhelms I. im achtzehnten Jahrhundert und verlangt aufs Barscheste, dass die Gentilgenossen über Nacht zu Steuern zahlenden, Rekruten stellenden, abge-

stempelten Untertanen werden. Die Auseinandersetzung zwischen Staatsgedanken und Stammesverfassung ist unvermeidlich, aber weil es nicht dem Nach und Nach der natürlichen Entwicklung das Meiste überlässt, trägt Angora die Schuld, dass sie sich in so schonungslosen Formen vollzieht. Neben dem faschistischen Italien und dem sowjetistischen Russland steht die kemalistische Türkei als der dritte ausgesprochene Zwangsstaat, der mit Gewalt widerstrebende Massen in eine fertige Schablone hineinpressen will. Aber so wenig sich der russische Muschik mit eins in einen glühenden Kommunisten verwandelt, so wenig wird der im Mittelalter mit seinem religiösen und sonstigen Aberglauben hadtende anatolische Bauer auf Befehl ein aufgeklärter und freidenkerischer Zeitgenosse des zwanzigsten Jahrhunderts. Und noch viel weniger der kurdische Bergsasse!

In dieser Beleuchtung erscheint die kurdische Frage nur als Zuspitzung des gesamttürkischen Problems. Denn immer wieder wird das Mittelalter gegen den Stachel Kemals löken, und immer wieder werden die am Alten Hängenden - und das ist die Mehrzahl! - einen Aufstand gegen Kemal mit heimlichen Segenswünschen begleiten, geschweige jetzt, wo eine bis an die Wurzeln reichende Wirtschaftskrise die Unfähigkeit der neuen Männer zu beweisen scheint. Darum dünkt es, da sich die Gelegenheit um den Ararat bietet, die Machthaber von Angora am erspriesslichsten, die Frage kurzer Hand durch Ausrottung der Kurden zu lösen, wie man die Gelegenheit des Weltkrieges beim Schopf ergriff, die Armenier auszurotten. Nachrichten kommen neuerdings aus dem Aufstandsgebiet, die die Haare sich sträuben lassen: zu Hunderten werden die Kurdendörfer niedergebrannt zu Tausenden die Kurden hingemordet und zu Zehntausenden ausgesiedelt, um unter Sprengung der Stammesverfassung und der Familiengemeinschaft Hals über Kopf "türkisiert" zu werden - um eine halbe Million soll seit Weltkriegsende die kurdische Bevölkerung durch die Ausrottung in ihrer schärferen und ihrer milderen Form: durch Totschlagen und durch Abtransport, gelichtet worden sein.

In Angora hat heute, neben dem Italien Mussolinis, Sowjet-Russland den meisten Einfluss. Aber Moskau schweigt zu den bluttriefenden Barbareien, weil die Vernichtung des Kurdenvolks England eines Stützpunkts zu berauben verspricht. Und was macht der Völkerbund? Er gähnt und murmelt etwas von "innerer Angelegenheit der Türkei". Und das ist das tief Beschämende: Mögen die Kurden ohne ihre Schuld im Mittelalter stecken, ein Europa, das gemütlich zusieht, wie in China Millionen verhungern und wie in der Türkei Zehntausende niedergemetzelt werden, hat trotz allem Geprotze: Wie herrlich weit haben wir es gebracht! auch sein Mittelalter noch nicht überwunden.

Hermann Wendel.

Anarchie in Ägypten?

(Von unserem Korrespondenten.)

SPD. Kairo, Ende Juli (Eig.Bericht)

Die Aufregung der inneren Kämpfe hat die bisher geltenden Gesetze für die Geschäfte der ägyptischen Politik vollkommen auf den Kopf gestellt. Ihre Ebbe und Flut hat sich bisher nach zwei Jahresabschnitten gerichtet: die Touristensaison und den Sommer. Im Winter und Frühjahr, wenn sich der Goldstrom der europäischen und amerikanischen Ausflügler nach dem Pharaonenlande ergiesst herrscht ein stillschweigender von allen Parteien streng respektierter Burgfriede, denn auch die wildeste Opposition denkt nicht daran, das einträgliche Geschäft durch politische Zänkereien zu gefährden, die einige Wochen später ebenso gut ausgetragen werden können. Im Sommer findet dagegen der grosse Exodus aller Ägypter, die es sich auch nur einigermassen leisten können, nach Europa und dem Libanon statt.

In diesem Sommer ist die Natur durch die politische Leidenschaft besiegt worden. Alle Chefs aus dem Lager der Regierung wie dem der Opposition,

soweit sie nicht mit besondern Aufgaben im Auflande betraut sind, befinden sich auf Deck, um im Notfall in die Ereignisse einzugreifen. Trotzdem der Kampf bis jetzt immer noch mit wechselndem Erfolge hin und her geht, hat sich bereits in den ersten Wochen des Regimes Sidky Pascha gezeigt, der im übrigen als einer der stärksten Köpfe in der ägyptischen Politik und als der Lehrmeister seines Vorgängers in der Diktatur, Mohammed Mahmud, in der Verwaltungspraxis gilt, dass es König Fuad auf die Dauer nicht gelingen wird, ohne Parlament zu regieren, solange in London Mac Donald und nicht ein konservatives Parlament am Ruder ist. Nach dem Sturz der Regierung Nahas Pascha, dem ein aufregender Kurssturz der ägyptischen Wertpapiere als Folge der leichtsinnigen Finanzpolitik des Wafd vorausgegangen war, hatten die Nationalisten kaum die Absicht, die Verantwortung eines Kampfes um die Macht auf sich zu nehmen. Damals wären Nahas und seine Anhänger froh gewesen, wenn eine neutrale Persönlichkeit von der Art Adly Yegens oder selbst der augenblicklich vielgeschmähte Sidky Pascha sich damit einverstanden erklärt hätten, unter dem permanenten Diktat der wafdistischen Parlamentsmehrheit zu regieren. Der masslose Rachedurst Nahas Paschas gegen seine persönlichen Feinde aus der Diktaturzeit und die gereizte Stimmung des Königs gegen die Führung des Wafd tragen zu gleichen Teilen die Schuld an der augenblicklichen Verwirrung der ägyptischen Verhältnisse.

Angesichts der allgemeinen gegen die königliche Politik gerichteten Stimmung hätte der Wafd mit der Unterstützung des ihm ergebnen Offizierkorps und der durch die wirtschaftlichen Nöte aufgeregten Massen ganz nach seinem Belieben die Macht im Laufe von 24 Stunden an sich reissen können. Ein solcher Staatsstreich hätte wahrscheinlich gar keine oder jedenfalls weit geringere Opfer an Menschen und Geld gekostet als die verpufften blutigen Demonstrationen von Bilbeis, Mansurah, Tantah, Alexandrien und Kairo. Die Bedenken gegen die Ausrufung der ägyptischen Republik, die dem Mangel an Entschlossenheit und Verantwortungsgefühl der wafdistischen Führer entspringen, sind mit dem Hinweis auf die Haltung der englischen Besatzungstruppen, dem Respekt vor der Verfassung, der Sorge um die Sicherheit der Ausländer und die der christlichen Minoritäten begründet worden. Noch stärker war jedoch das Bedürfnis, nichts an der bisherigen Staatsform zu ändern in der Erkenntnis, vom Fehlen eines brauchbaren wafdistischen Programms, das auch nur eine kurze Zeit ausgereicht hätte.

Der weitere Verlauf der Ereignisse ist nach der sogenannten englischen Neutralitätserklärung unschwer vorauszusehen. Durch die Anregungen des englischen Oberkommissars sind der Regierung Sidky Pascha die wichtigsten Waffen zur Bekämpfung der wafdistischen Propaganda mit administrativen und polizeilichen Mitteln entwunden worden. Das bedeutet mit anderen Worten ein Erliegen des königlichen Vertrauensmannes vor dem Ansturm der Strasse zu einem früheren oder spätern Zeitpunkt. Der Wafd wird bei dem Mangel eines energischen Vorgehens der Regierungsorgane jede Verantwortung für seine Schuld am Blutvergiessen ablehnen können, ohne im Stande zu sein, die Garantie für eine Wiederherstellung geordneter Zustände im Lande zu übernehmen. Die eigentliche Krise in der ägyptischen Politik wird daher erst nach dem Sturze des jetzigen Ministeriums beginnen. Die Schuld für das Hereinbrechen der Anarchie in Ägypten trifft zum nicht geringen Teil die Politik des englischen Auswärtigen Amtes, dem es nicht gelungen ist, eine Orientierung zu finden, die den tatsächlichen Verhältnissen des Landes auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet entspricht. Wie auch in den übrigen Fällen der kolonialen Praxis ist die Labourregierung auch hier einer Politik liberalisierender Ideologie gefolgt und hat ganz entgegen seiner wirklichen Absicht die Situation in Ägypten nur noch weiter verwirrt anstatt sie zu klären. Selbst in der Frage der Entsendung der britischen Kriegsschiffe nach Alexandrien sind nach Ansicht massgebender ägyptischer Kreise ganz andere Gesichtspunkte massgebend gewesen als der Schutz der englischen Untertanen und die Wahrung des englischen Prestiges. Sie ist vielmehr aus Furcht vor einer Einmischung Italiens in die ägyptische

Politik erfolgt, das nach den Krawallen angeblich wegen der Bedrohung seiner Untertanen, seine Absicht bekundet hat, aktiv zum Schutze der ägyptischen Diktatur zu intervenieren.

In Wirklichkeit ist die Stellung der Labourregierung zur ägyptischen Frag ausserordentlich schwer. Sie ist um des demokratischen Prinzips willen genötigt, ein Parteigebilde wie den Wafd zu unterstützen, das ebensowenig geneigt ist, sich mit ihr wie mit jeder andern britischen Regierung sachlich auseinade zusetzen noch gewillt ist, mit einer Politik ehrlicher Reformen zu Gunsten des bäuerlichen Proletariats zu beginnen. Für den Wafd, der den Machtexponenten des Grossgrundbesitzes und der städtischen Intelligenz bildet, sind die Fellachen vorläufig nichts anderes als der Sturmbock gegen andere Cliquen, die mit ihm um den Besitz des Staatsapparates rivalisieren. Solange die ägyptischen Bauern nicht unter derFührung des europäischen Sozialismus als selbständige Faktoren in die innere und äussere Politik eintreten, wird es keiner englischen Arbeiterregierung möglich sein, einen brauchbaren Partner zu erhalten.

Unter den augenblicklichen Umständen wird dem Wafd nichts anderes übrig bleiben als sich auf dem Wege weiter drängen zu lassen, den er einmal beschritten hat, obwohl er eine Revolution viel mehr fürchtet als eine Fortdauer der Diktatur. Seitdem die Spielereien Nahas Paschas mit dem Gedanken der Republik zu früh für ihn in die Öffentlichkeit gedrungen sind, betont er seine monarchische Gesinnung mit einem auffälligen Eifer und mit dem einzigen Ergebnis, dass er die Programmlosigkeit seiner Partei noch vergrössert. Vorerst sieht es so aus, als ob König Fuad seine falsche Einschätzung der Labourregierung vielleicht doch mit dem Verlust des Thrones wird bezahlen müssen. Jeder Erbe, der seine Hinterlassenschaft antritt, wird ihm wenig Dank wissen, denn die beginnenden Plagen Ägyptens lassen sich weder durch einen Wechsel der Personen noch einen solchen der Parteien aus der Welt schaffen. Hinter den Kulissen der ägyptischen Politik steht als drohende Gefahr die grosse Agrarkrise der Weltwirtschaft und jeder Akteur wird unbarmherzig aus dem Spiel gezogen werden, der nicht zu begreifen vermag.

SPD. Washington, 29.Juli (Eig.Drahtb.)

Die Handelsbeziehungen zwischen Amerika und der Sowjetunion haben unter dem Druck der Presse und zahlreicher Wirtschaftsorganisationen in den letzten Tagen Formen angenommen, die vielleicht einen Abbruch des Warenaustauschs zwischen den beiden Ländern zur Folge haben.

Die Washingtoner Regierung hat zunächst ein Ausladeverbot für 2 Schiffe mit Holzmasse aus Russland erlassen. Die Schiffe liegen im New Yorker Hafen unter strenger Bewachung der Zollbehörden. Alle Versuche der sowjetrussischen Handelsvertretung um eine Aufhebung des Verbots sind ergebnislos verlaufen. Unterdessen befinden sich noch 32 Schiffe mit Fracht aus Russland auf dem Wege nach Amerika.Auch für sie wird voraussichtlich ein Ausladeverbot ergehen, da die Einfuhr von Ware, die von Sträflingen und Zwangsarbeitern hergestellt ist, der amerikanischen Zollgesetzgebung widerspricht. Die Sowjethandelsvertretung in New York versichert demgegenüber, dass die Ware weder von Sträflingen noch von Zwangsarbeitern hergestellt wurde. Glauben hat sie bisher jedoch nicht gefunden. Man traut ihren Versicherungen umso weniger als sie schon wiederholt Erklärungen abgegeben hat, die sich bald als mit den Tatsachen in Widerspruch stehend erwiesen.

Am Dienstag hat die Sowjethandelsvertretung in New York gegenüber dem Verhalten der amerikanischen Regierung mit scharfen Gegenmassregeln der Sowjetunion gedroht.Auch diese Drohung blieb erfolglos.

Glossen

E R S C H E I N T N A C H B E D A R F

Reif zur Deutschen Staatspartei.

SPD. Die Deutsche Staatspartei ist der richtige Zufluchtsort für alle jene Demokraten, die der Zug ihres Herzens längst zu anderen Ufern gerufen hat. Manche Anhänger der Demokratischen Partei im Lande haben sich in der letzten Zeit Erbärmlichkeit geleistet. So die Stadtratsfraktion der Deutschen Demokratischen Partei in Landau in der Pfalz. Dort sollen am 7. September Wittelsbacher Exprinzen eine grosse Truppenschau über die ehemaligen bayerischen Truppen abhalten, die einst in Landau in Garnison gelegen haben. Das Stadtparlament hat sich mit der Frage befasst, wie es diesen Tag feiern soll. Es beschloss, festlich zu flaggen, aber die nationalsozialistischen Gemeindevertreter verlangten, dass die Stadt neben weissblau und schwarzrotgold auch schwarzweissrot flaggen müsse. Gegen den Antrag stimmten Sozialdemokratie und Zentrum - dafür aber neben den Nationalsozialisten Wirtschaftspartei, Deutsche Volkspartei und Deutsche Demokratische Partei. Ein führendes Mitglied der demokratischen Partei hat sich besonders eifrig bemüht, eine Mehrheit für die nationalsozialistische Forderung zustande zu bringen.

Da hätten wir die Deutsche Staatspartei und die Rolle, die die ehemaligen Demokraten darin zu spielen haben! Sie dürfen die Handlanger für nach rechts dringende Kräfte spielen und dürfen zugleich beweisen, dass sie gegenüber demokratischen und republikanischen Forderungen keinerlei Rückgrat besitzen, sondern quallenweich jeder gegen ihre Grundsätze gerichteten Forderung nachgeben!

Auch noch einer!

Wenn die bürgerliche Rechte in fünf Gruppen zerfällt und jede einzelne dieser Gruppe der anderen Anhänger und Stimmen abzujagen sucht, - warum sollte nicht auch Ludendorff neue Hoffnung schöpfen? Der Tannenberg-Bund beginnt wieder lebhafter in Ostdeutschland zu agitieren. So erscheint in der in Stolp erscheinenden Zeitung für Pommern die folgende Anzeige:

"Jesuitengefahr breitet sich aus dem deutschen Osten. In öffentlichen Vorträgen spricht Hauptmann von Puttkammer, Rheinsberg/Mark, über 1. Die Rettung des Ostens, damit des Deutschen Reiches - Und der römische Papst. (Unser Feind). 2. Wer ist der einzige, der dem arbeitenden deutschen Volk in der Landwirtschaft den Weg der Rettung zeigt? Tannenbergbund E.V. Gau Pommern-Ost. Jesuiten und Fremdrassige haben keinen Zutritt."

Da ist auch noch einer, der die "Rettung des Ostens" zu einem partei-politischen Geschäftchen ausnützen möchte! Warum soll er nicht nachahmen, was ihm andere vorgemacht haben? Und warum soll aus dem Hauptmann von Puttkammer und dem Tannenbergbund E.V. nicht schliesslich auch noch einmal etwas werden? Das ist doch wenigstens eine Organisation und es soll heute Parteien mit sehr hochklingenden Namen und einem Minister an der Spitze geben, die noch nicht einmal eine Organisation besitzen! Hat schliesslich nicht auch Herr Mahraun klein und unter dem mitleidigen Lächeln der Zeitgenossen angefangen und macht er nicht heute mit Herrn Koch die Deutsche Staatspartei? Beim deutschen Bürgertum ist schliesslich alles möglich!

Verein für das Deutschtum im Ausland.

Wir haben am Verein für das Deutschtum im Ausland, an seinen Praktiken, an seinen Schulsammlungen und an den Kräften, die in seinen Reihen Unterschlupf suchen, des öfteren Kritik geübt. Der Verein war über derartige Kritik stets sehr gekränkt – aus begreiflichem Grunde, denn es handelt sich um eine Organisation, die aus öffentlichen Mitteln gefördert wird.

Es ist deshalb nötig, den folgenden Vorfall zur öffentlichen Kritik zu stellen, den man aus dem Nachrichtendienst des Deutschen Studentenverbandes erfährt. Der Verein hat seine Tagung in Salzburg abgehalten. Den Anlass dazu gab das 50jährige Jubiläum des Schulvereins Südmark, der deutschösterreichischen Mitgliedsgruppe des V.D.A. Auf dieser Tagung sprach Minister a.D. Külz – der bisherige Demokrat – gegen die Rassenschnüffelei. Seine Polemik gegen den Antisemitismus rief eine ungeheure Entrüstung von einem grossen Teil der Tagung hervor. Die österreichischen Vertreter auf der Tagung der akademischen Ortsgruppen des VDA. beschlossen einstimmig eine Missbilligung gegen "die Entgleisung" von Külz. Der Rektor der Wiener Universität, Graf Gleispach, verzichtete zum Zeichen des Protestes gegen Külz auf eine Diskussionsrede und der Deutsche Schulverein Südmark bemühte sich, eine "Bereinigung des Zwischenfalls" zu bewirken. Man weiss, was das heisst, das heisst, dass Külz Reu und Leid tun sollte.

Der Verein für das Deutschtum im Ausland wird in den deutschen Schulen gefördert. Er hat sich bisher noch nicht offiziell zu diesen Vorgängen geäussert – er will sie anscheinend, wie frühere Dinge, mit dem Mantel der christlichen Liebe zudecken!

Die unterjochten Männer von Köln.

Der katholische Lehrerverein in Köln hat in einer Eingabe an den Oberbürgermeister auf das heftigste gegen die Anstellung eines weiblichen Stadtschulrates protestiert. Er hat nicht nur behauptet, dass die männliche Autorität des Lehrers vor den Kindern leiden müsse, wenn die Kinder erkennen, dass auch der Mann eine Frau zum Vorgesetzten haben könne – er hat sich weiter sogar zu der Erklärung verstiegen, eine weibliche Schulrätin verstosse gegen das katholische Prinzip.

Die Mitglieder des Katholischen Lehrervereins von Köln sind durch diesen Schritt dennoch nicht vor der Unterjochung unter die Frau bewahrt worden. Sie sind einem weinlichen Stadtschulrat unterstellt worden. Was ist aber aus dem katholischen Prinzip geworden?

Der neue weibliche Stadtschulrat, Frau Dr. Köhler aus Hamm, ist katholisch und gehört dem Zentrum an. Wo ist nun das richtige katholische Prinzip?

Für Sittlichkeitsretter.

Wir lesen im katholischen bayerischen Kurier folgendes Inserat:

"Welche kath. musikal. Dame (25–35 Jahre) wäre bereit, mit kath. Chordirigent und Organist in bald. Briefwechsel zu treten?"

Was kommt nach dem Briefwechsel, und wo bleibt hier die Rettung der Moral?

Aus aller Welt

Mordbube Köppner entlarvt...

Anwälte=Panik im Röntgentaler Mordprozess.

SPD. Berlin, 29. Juli (Eig. Ber.)

Auch eine "Gegenoffensive"...

Im Röntgentaler Mordprozess sind die Verteidiger, nachdem ihnen jeder Tag neue schwere Niederlagen bringt, zu einer verzweifelten Gegenoffensive übergegangen, die in ihrem Kernpunkt darin besteht, dass die völkischen Herren mit beispielloser Rücksichtslosigkeit durch ein wildes Trommelfeuer die Reichsbanner=Zeugen zu verwirren und einzuschüchtern suchen. Selbst dem Vorsitzenden, Herrn Ohnesorge, wird es zu viel, als drei Herren gleichzeitig unter erregten Gestikulationen auf einen Zeugen einsprechen. "Aber meine Herren, das geht doch nich Bedenken Sie doch immerhin, wir haben hier 18 - 19=jährige Menschen vor uns—" Worauf Rechtsanwalt Becker, der akademisch gebildete Edelnazi, etwas sarkastisch lächelt, die Achseln zuckt und in den Saal schnarrt: "Sehr bedauerlich. Aber ich stelle meine Fragen so, wie sie gestellten werden müssen."

Märchen aus 1001 Nacht.

Die Dienstag=Verhandlung beginnt mit einem schmetternden Fortissimo besagten Herrn Beckers, der vor einer schrecklichen Geschichte gehört haben will. Der Angeklagte Hein soll am Mittwoch in der Invalidenstrasse von mehreren Röntgentaler Zeugen des Reichsbanners verfolgt und bedroht worden sein. Der arme Hein habe mit einem Freund in den Stettiner Bahnhof flüchten müssen. Die Reichsbannerzeugen werden aufgerufen und bekunden mit aller Entschiedenheit, dass an der kuriosen Behauptung des Herrn Becker kein wahres Wort sei. Das schlechte Gewissen lässt den Naziverbrecher Hein anscheinend schon Gespenster sehen. Trotz der klaren und unmissverständlichen Feststellungen der Zeugen will sich der Hitleranwalt nicht zufrieden geben und behauptet, dass die Zeugen Nespithal und Zimmer dem Angeklagten Hein "in verdächtiger Weise " gefolgt seien. Zwei Minuten später ist auch diese Hakenkreuzseifenblase geplatzt, Nespithal und Zimmer widerlegen Herrn Becker auf's Bündigste.

Herr Klaus und sein Spielzeug.

Eine ganz besondere Ueberraschung hat Rechtsanwalt Klaus im petto. Herr Klaus, ein etwas korpulenter, asthmatisch schnaufender Herr, erhebt sich und ruft mit gröteten Wangen in den Saal, dass er die mysteriöse Pistole des Angeklagten Schlenter bei sich trage. Er bitte um die Erlaubnis, sie dem Gericht vorlegen zu dürfen. Und was hat der gute Onkel mitgebracht? Ein kleines entzückendes Spielzeug, eine Schreckschusspistole, die so neu aussicht, als wäre sie erst eben aus dem Waffenladen gekommen. Natürlich sagt Herr Schlenter mit Begeisterung "ja", als ihn Rechtsanwalt Klaus befragt, ob der kleine harmlose Scherzartikel wirklich seine Pistole vom Mordabend sei. Im Saal herrscht Bewegung und Heiterkeit. Herr Klaus macht sich die Sache wirklich ein wenig zu leicht und muss sehr naiv und vertrauensseelig sein, wenn er glaubt, dass man nun allseits von der Harmlosigkeit des "spielenden" Kindes Schlenter überzeugt sei. Staatsanwaltschaftsrat Stehnig lächelt ein wenig spöttisch und sagt: "Es wäre allerdings noch zu beweisen, dass es sich hier wirklich um Schlenters Pistole handelt". Herr Klaus aber tut sehr siegessicher. Er behauptet, die Pistole von dem Zeugen Brake erhalten zu haben, der allerdings vor Gericht schon ausgesagt hat, dass er von Schlenters Schiessprügel nichts wisse. Herr Klaus erzählt dann mit viel Emphase ein nettes, rundes Märchen, das ihm wohl der redselige Brake aufgebunden hat, worauf es zu stürmischen Dialogen mit den Anklage=

vertretern kommt, die allerdings ein wenig skeptischer sind als Herr Klaus...

Selbst Herr Ohnesorge protestiert....!

Den Vogel aber schiesst der Verteidiger mit seiner mehr als merkwürdigen Behauptung ab, dass kurz nach der Mordtat in Röntgental eine gemeinsame Protestdemonstration von Kommunisten und Reichsbannerleuten stattgefunden habe.(!) Auch diese allzu ungeschickt hergestellte Bombe ist bald unschädlich gemacht. Bei etwas mehr Sorgfalt hätte sich der Rechtsanwalt die Blamage ersparen können. Der Reichsbannerkamerad Schulze geht in seiner präzisen Aussage in keiner Weise von den Bekundungen seiner Freunde ab und kann trotz stundenlanger Belästigung durch die Verteidiger auch nicht eines einzigen Widerspruchs überführt werden. Als Rechtsanwalt Becker eine halbe Stunde auf diesen unbequemen Zeugen loshackt, springt Staatsanwalt Stehnig auf und ruft: "Es geht aber doch wirklich nicht, dass der Verteidiger immer wieder dieselben Fragen wiederholt, auf die schon der Vorsitzende erschöpfend eingegangen ist." Worauf Herr Becker scharf zurückruft: "Ich frage so viel und so lange, als es mir passt, Herr Staatsanwalt." Herr Ohnesorge meint darauf mit einem stillen Vorwurf in der Stimme: "Auch ich bitte darum, nicht immer wieder die gleichen Fragen zu stellen". Als ein Verteidiger andeutet, dass vielleicht auch das Reichsbanner geschossen habe, springen alle Reichsbannerzeugen auf und bekunden sehr erregt, dass das "gänzlich ausgeschlossen" sei.

Der entlarvte Köppner.

Sehr sensationell und schwer belastend für den Angeklagten Köppner ist die Aussage des Reichsbannerzeugen Hugo Nietzsch. Nietzsch berichtet wie er etwa eine Stunde vor dem Mordüberfall der Nazis verdächtige Gestalten beobachtet habe. An der Ecke Bahnhofstrasse standen etwa sechs Mann, unter ihnen Köppner, der dem Zeugen Nietzsch von der Schule her bekannt ist. Nietzsch versuchte mit Güte auf die Nationalsozialisten einzuwirken und sagte: "Kinder, geht doch weiter. Warum wollt Ihr denn provozieren?" Als Antwort bekam er wüste Beschimpfungen zu hören, so sagte Köppner zu ihm: "Ihr Schweine habt uns ja überfallen." Unter atemloser Spannung im Saal berichtet dann Nietzsch weiter: "Ich stand Köppner direkt gegenüber und konnte ihn ganz genau beobachten. Plötzlich griff er mit der Hand in die linke Brusttasche und holte einen Trommelrevolver heraus. Ich stiess ihm die Hand zurück, gab ihm einen kleine Schubs und rief: "Mensch, bist Du denn wahnsinnig?!" (Grosse Bewegung) Ich ging dann zurück und sah nachher, als ich zehn Meter von Meisel entfernt war, etwa 20 Leute auf das Lokal zueilen. Ich hörte die Rufe "Achtung, geht Feuer! Kanonen heraus!" und konnte gerade noch in das beschossene Lokal hineinfliehen. Andauernd knallten draussen die Schüsse. Dann wurden die Jalousien heruntergelassen und die Leute aus der Mieterversammlung kamen in geduckter Stellung aus dem Vereinszimmer heraus und riefen erregt, was denn eigentlich los sei. Inzwischen war Kubow, der schon etwas früher die Versammlung verlassen hatte, von mehreren Schüssen schwer getroffen worden und lag blutüberströmt am Boden". Die schwerwiegende Aussage von Nietz brachte die Anwälte naturgemäss in höchste Erregung und sie stellten, – der Berichterstatter hat sich das Vergnügen gemacht, die abgegebenen "Schüsse" zu zählen, – 53 Fragen an den Zeugen, um seine Aussage zu erschüttern. Trotz erregtester Vorhaltungen der Verteidiger und trotz der mehrfachen Ermahnung durch Herrn Ohnesorge, ja nur völlig bei der Wahrheit zu bleiben, hielt der einen besonders günstigen Eindruck machende Zeuge klar und sicher an seiner Aussage fest. Der Staatsanwalt musste mehrfach eingreifen, um den Zeugen gegen beleidigende Bemerkungen der Verteidiger in Schutz zu nehmen. Jedenfalls war auch der Dienstag ein weiterer wichtiger Schritt vorwärts auf dem Wege dieses Reinigungsprozesses, der eine rücksichtslose Enthüllung des nationalsozialistischen Rowdytums erbringen wird und grösstenteils auch schon erbracht hat.

\+ + +

Wo ist Frenzel?

Endlich, nach schwerem Kampf seiner Rechtsanwälte mit den behördlichen Instanzen, ist Amtsvorsteher Frenzel von Bornim, der in einem aufsehenerregenden Prozess wegen Blutschande, angeblich begangen an seinen minderjährigen Töchtern, zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde, aus der Haft entlassen worden. In weitesten Kreisen sah man den Spruch der Potsdamer Richter als ein Fehlurteil an, Frenzel selbst beteuerte bis zum letzten Augenblick leidenschaft seine Unschuld und behauptete, ein Opfer der Intrigen geworden zu sein, die besonders die Pfarrersfamalie gegen ihn gesponnen habe, weil er ihr nicht "religiös genug" gewesen sei. Sicherlich hat das Pfarrerehepaar in der traurigen Angelegenheit eine recht fragwürdige Rolle gespielt. Der Schuldspruch des Potsdamer Gerichts, gefällt in einer Atmosphäre, die für den Angeklagten von vornherein ungünstig und gefährlich war, stützt sich hauptsächlich auf die Aussage der zweiten Tochter Frenzels, deren lügenhaftes und psychopathisches Wesen fast alle Sachverständige bekundeten, sowie auf das Gutachten des jungen Berliner Arztes Plaut, des wissenschaftlichen Kronzeugen der Staatsanwaltschaft, dessen Sachverständigenurteil im schroffen Gegensatz zu den Gutachten anerkanntester Wissenschaftler stand.

Gegen eine Hypothek auf sein Bornimer Grundstück in Höhe von 10 000 Mark wurde Amtsvorsteher Frenzel jetzt auf freien Fuss gesetzt. In Bornim nahm man an, dass er nach Hause zurückkehren würde und erwartete fieberhaft die Ankunft des schwergeprüften Mannes, dem man allerseits grosse Sympathien entgegenbringt. Aber wo ist Amtsvorsteher Frenzel? Der Berliner Rechtsanwalt Dr. Brandt, der ihn am Dienstag Nachmittag in seinem Büro in der Tauentzienstrasse zu einer ausführlichen Besprechung der für die Berufungsverhandlung zu ergreifenden Schritte erwartet hatte, teilt mit, dass Frenzel merkwürdigerweise nicht erschienen sei. Auch seine Familie weiss angeblich nicht, wo er sich aufhält. Frau Frenzel ist einigermassen beunruhigt, man nimmt vorläufig an, dass sich der Amtsvorsteher, um Neugierigen und ihren peinlichen Fragen zu entgegen, unter einem falschen Namen in einem Berliner Hotel einquartiert hat. Man muss jedoch auch mit der Möglichkeit rechnen, dass Frenzel, der sich am Ende seiner Nervenkraft befand und in den letzten Tagen in seiner Gefängniszelle Tobsuchtsanfälle erlitt, in einem Ausbruch wilder Verzweiflung Hand an sicht gelegt hat. Die Tragödie Frenzel wäre dann vollständig und der Amtsvorsteher von Bornim auch psysisch ein Opfer jenes stickigen Milieus geworden, das die Moral vorgibt, nur um seinen wunderlich verkapselten Trieben folgen zu können. Sollte, was warm zu wünschen ist, Frenzel nur verschwunden sein, um sich in aller Ruhe erholen zu können, so soll die Berufungsverhandlung in seinem Blutschandeprozess in der ersten Septemberhälfte stattfinden. Eine objektive, sachlich überlegene Verhandlungsführung wird dann sicherlich den Beweis erbringen, dass der Spruch der ersten Instanz im Fall Frenzel einen "Justizmord" darstellt, wie er typischer und symptomatischer nicht gedacht werden kann.

\+ + +

Opfer der Wellen. Am Dienstagmittag kenterte bei Kappel (Schleswig-Holstein) auf der Schlei ein mit 4 Personen besetztes Segelboot. 3 Insassen ertranken, und zwar eine Frau Marta Schultz - Dortmund, eine Frau Erna Niemeyer-Dortmund und ein Adolf Matissen, dessen Wohnort unbekannt ist.

\+ + +

Grossfeuer bei Bromberg. In dem Dorfe Gollantsch in der Nähe von Bromberg wurden 23 Häuser durch ein grosses Schadenfeuer eingeäschert. Zwei Polizeibeamte fanden, nachdem sie einige Kinder gerettet hatten, unter den Trümmern des zusammenbrechenden Hauses den Tod. Ein Feuerwehrmann zog sich eine so schwere Rauchvergiftung zu, dass er ihr kurz darauf erlag.

\+ + +

Der verschwundene Kaffeehauspage. Der 15 Jahre alte Herbert Trunk, der im Admirals=Café am Bahnhof Friedrichstrasse in Berlin als Page angestellt war, ist unter sensationellen Umständen verschwunden. Allem Anschein nach ist er von einem Schweizer Flugzeugführer namens Julian Jaquet entführt worden. Vor drei Wochen hatte Trunk zum ersten Male von seiner Bekanntschaft mit Jaque erzählt und später mitgeteilt, dass der Pilot versucht hatte, ihn zur Teil= nahme an einer grossen Auslandsreise zu überreden. Die bisherigen Ermittlun= gen haben ergeben, dass Jaquet Schweizer Staatsangehöriger und ein gewerbsmäs= siger Betrüger ist. In Berlin hat er sein Hotelzimmer im Zentrum der Stadt verlassen, ohne seine Rechnung bezahlt zu haben.

+ + +

Ozeanflug des "R.100". Das englische Luftschiff "R 100" ist am Dienstag morgen mit einer Besatzung von 37 Mann und 7 englischen Luftsachverständigen als Passagieren zum Ozeanflug nach Kanada gestartet. Die Fahrt geht über Ir= land und den Atlantischen Ozean nach Nord=Neufundland und von dort den St. Lorenzstrom hinauf nach Montreal. Es wird mit einer Fahrtdauer von drei Tagen gerechnet. Die englische Presse weist darauf hin, dass "R 100" das schnellste Luftschiff der Welt sei, da es bei Versuchen eine Geschwindigkeit von rund 130 Kilometern in der Stunde erreicht habe.

+ + +

Festnahme eines Betrügers. Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete am Dienstag den 32jährigen Kaufmann Friedrich Arenstein, der zahlreiche deutsche Firmen durch betrügerische Geschäftsgründungen um etwa 100 000 Mark geschädigt hat. Im Mai des vorigen Jahres war Arenstein aus Wien nach Berlin gekommen und hatte in Charlottenburg ein Engrosgeschäft eröffnet. Anfangs wusste er sich durch prompte Bezahlung seiner bei verschiedenen Grosslieferanten gemach= ten Bestellungen einen guten Ruf zu erwerben. Allmählich erhöhten sich je= doch die Summen seiner Aufträge: er blieb seinen Lieferanten das Geld schul= dig. Als die Geschädigten bei Arenstein vorstellig werden wollten, hatte die Firma ihren Sitz bereits aufgegeben. Arenstein selbst war verschwunden. Eine Hamburger Firma ist durch Arenstein um annähernd 35 000 Mark geschädigt wor= den. Nachdem der Betrüger längere Zeit verschollen geblieben war, tauchte vor kurzem im Westen Berlins ein Lebensmittelgrosshändler auf, der sich Ernst Sil= berstein nannte und ein prunkvolles Büro eingerichtet hatte. Die Kriminalpoli= zei stellt bald fest, dass Silberstein mit Arenstein identisch war. Arenstein wurde verhaftet und sein Betrieb geschlossen. Es wird angenommen, dass er auch durch sein neues Unternehmen grosse Betrügereien verübt hat.

+ + +

Zehn blinde Passagiere. Bei der Einfahrt in den französischen Hafen Bayonne übergab der Kapitän des dänischen Dampfers "Britta" der Polizei zehn Marokkaner, die nach 76stündiger Fahrt als blinde Passagiere entdeckt worden waren. Die Marokkaner behaupten, in der marokkanischen Hafenstadt Casablanca von einer Persönlichkeit, die zu nennen sie sich weigern, gegen eine Vergütung von 200 Franken heimlich an Bord gebracht worden zu sein.

+ + +

Raubüberfall auf einen Droschkenchauffeur. Auf der Landstrasse zwischen Lütjensee und Grossensee gaben zwei Insassen eines Autos, die von Hamburg ge= kommen waren, auf den Chauffeur der Droschke zwei Schüsse ab und raubten ihn aus. Als der Ueberfallene den Führer eines vorbeifahrenden Autos von dem Vor= fall verständigte, bedrohten die beiden Verbrecher, die sich in ein nahes Ge= büsch geflüchtet hatten, auch den Führer des zweiten Autos. Einer der Täter, ein 34jähriger Tischler Fritz Claas, aus Hagen in Westfalen, konnte im Moor bei Lütjensee festgenommen werden. Nach dem zweiten Täter wird noch gefahndet.

Gewerkschaftliche Rundschau

Der brave Fridolin.

SPD. Der Verband der Berliner Metallindustriellen will der Öffentlichkeit einreden, dass seine Haltung gegenüber den Angestellten absolut korrekt sei. Er weiss nichts von einem Tarifbruch und nichts von Vergewaltigung. Zur Stützung seiner Rechtfertigungsversuche beruft er sich sogar auf das Reichsarbeitsministerium, das das Vorgehen der Berliner Metallindustrie nie als einen Tarifbruch bezeichnet habe, gegen den sich Gegenmassnahmen rechtfertigen liessen.

Dieses Komödienspiel erinnert unwillkürlich an die Fabel vom Wolf und Lamm. Nicht die Berliner Metallgewaltigen sind die Friedenstörer und die Verantwortlichen für den Konflikt in der Berliner Metallindustrie, für die damit verbundene Stockung der Arbeitsbeschaffung, und für die Beunruhigung der Wirtschaft - nein, die Angestellten sind schuld, die Angestellten, die um ihr bisschen Brot zittern. Im Ernst: liegt auch bei der Firma Bergmann noch kein Tarifbruch vor? Sie sperrt Sonnabends den Betrieb und verbindet damit einen 10%igen Gehaltsabzug. Sie macht einfach die Tore zu und lässt die Angestellten erst gar nicht in den Betrieb hinein, und zwar auch die Angestellten, in deren Einzelarbeitsverträgen auch nicht die geringste Klausel existiert, die allenfalls zur Not noch ein solches Vorgehen des Unternehmers rechtfertigen könnte. Wenn das Treiben der Firma Bergmann auch kein Tarifbruch ist, dann gibt es keinen mehr. Hier wird doch bereits mit offener Gewalt gegen die Angestellten vorgegangen.

Und wie steht's mit dem Zwang beim Unterschreiben der vorgelegten Reverse zum Zweck der Einwilligung in den geforderten Gehaltsabbau? Der Verband der Berliner Metallindustriellen bringt es fertig, im Brustton der Entrüstung zu erklären, die Berliner Metallfirmen dächten nicht daran, ihre Angestellten irgendwie zum Gehaltsabbau zu zwingen, es falle ihnen nicht im Traum ein, rechtswidrig vorzugehen. Auch sie wüssten in den Rechtsfragen Bescheid, und sie seien nicht so dumm, sich unnötigerweise Konflikte auf den Hals zu laden. Wie brav und bieder das alles klingt! Und doch ist es nichts anderes als üble Sophisterei. Wie wird's denn in der Praxis mit dem Gehaltsabbau gemacht? Man holt sich den einzelnen Angestellten ins Büro und dort setzt man ihn sanft aber sehr zielbewusst unter Druck. Man sagt ihm, er stehe vor der Wahl, entweder in den Gehaltsabbau einzuwilligen oder die Kündigung in Kauf zu nehmen. Natürlich, das arme Opferlamm braucht sich ja der Drohung nicht zu fügen. Es kann ja auch die Kündigung in Kauf nehmen. Nur Leute, die die Metallangestellten verhöhnen wollen, können behaupten, die vom Gehaltsabbau bedrohten Angestellten seien in ihrer Entschliessung und Entscheidung frei; denn der Angestellte hat keine freie Entscheidung mehr, wenn er nur wählen kann zwischen Gehaltsabbau und Arbeitslosigkeit. Wer die Alternative stellt: Gehaltsabbau oder Arbeitslosigkeit? schafft für den Angestellten eine Zwangslage. Wer aber die Not eines Menschen zu seinem Gewinn missbraucht, der begeht nach dem christlichen Sittengebot eine himmelschreiende Sünde. Im Reichsarbeitsministerium sitzt ein christlicher Arbeitsminister. Wir können nicht annehmen, dass er sich die Auffassung des Verbandes der Berliner Metallindustriellen zu eigen macht, es gehe bei deren Vorgehen gegen die Angestellten absolut korrekt und einwandfrei, ohne Tarifbruch und ohne Vergewaltigung zu. Wenn er dieser Auffassung wäre, dann brauchte er sich ja auch um den Verlauf des Berliner Metallkonflik-

tes nicht weiter zu bekümmern. Wir glauben aber, dass es ihm beim Anblick dieses Konfliktes nicht wohl zumute ist; denn einmal kommt die Arbeitsbeschaffung dabei in Verzug, da er unmöglich ausgesprochene Scharfmacher mit Arbeitsaufträgen auch noch belohnen kann, und dann ist kaum damit zu rechnen, dass die Metallangestellten, wenn sich der Arbeitsminister auf die Seite der Scharfmacher schlagen sollte, bei der Wahl versäumen werden, diese Parteinahme mit ihrem Stimmzettel entsprechend zu beantworten. Die den bürgerlichen Gewerkschaften nahestehenden Presseorgane weisen nicht von ungefähr immer wieder darauf hin, dass die Berliner Metallindustrie zur Zeit die Wahlgeschäfte des Radikalismus besorge.

Das Spiel mit der Existenz der Arbeitnehmer, das die Berliner Metallgewaltigen zur Zeit zu treiben belieben, ist ein prachtvoller Aufklärungsunterricht. Vielen von den Berliner Metall-Angestellten, die bisher auf die Redensarten von der Arbeits- und Volksgemeinschaft hereingefallen sind, werden jetzt die Augen geöffnet. Und sie werden gewarnt; denn zweifellos sind alle diese Konflikte, wie wir sie seit Jahr und Tag in immer kürzeren Abständen erleben müssen, angefangen von der grossen Riesenaussperrung in Nordwest vor zwei Jahren bis zum neuen Husarenritt des Herrn v.Siemens, nur Vorspiele kommender furchtbarer Kraftproben zwischen Kapital und Arbeit. Nur Organisationen, fest wie Eisen und Stahl können den Arbeitern und Angestellten in den schweren Kämpfen, die ihnen bevorstehen, helfen. Die Arbeitslosigkeit, diese Geissel der Arbeiterklasse, erleichtert in den grossen Industrieländern der Reaktion die Arbeit. Nicht Weltrevolution, wohl aber Weltreaktion rückt in den Bereich der Möglichkeit. Daher die Keckheit, mit der das Unternehmertum die Gewerkschaften beiseite zu schieben versucht, wenn sie wie im Berliner Metallkonflikt nicht gleich nachgeben. Nur Menschen ohne Gewissen bringen es fertig, in diesen Tagen kaltschnäuzig Tausenden von Angestellten - zunächst handelt es sich um 6000 von rund 60 000 - die Entlassung anzudrohen. Man muss sich vorstellen, welchem seelischen Druck ganze Familien durch diese Drohung ausgeliefert werden, welche Sorgen und Ängste bei den Angestellten und ihren Angehörigen wachgerufen werden! Dieses Spiel mit Menschenschicksalen ist eine Schande, und es gehört ein unfassbares Mass von Geduld auf Seiten der Arbeiter- und Angestelltenschaft dazu, bei diesem ewigen Herumtrommeln auf ihren Nerven nicht zu explodieren.

SPD. Auch in der Schuhindustrie möchten die Unternehmer einen Lohnabbau vornehmen, obwohl die Löhne der Schuhmacher erst vor nicht langer Zeit aufgebessert werden mussten, weil eine Erhöhung dringend notwendig war. So wurde auf der Jahrestagung des Reichsverbandes der deutschen Schuhindustrie bei Erörterung der Tariffrage darauf hingewiesen, dass der Grosshandelsindex für Schuhwerk von 1928 bis April 1930 um 16% zurückgegangen, der tarifliche Mindeststundenlohn für einen männlichen Arbeiter über 21 Jahre in Ortsklasse I dagegen um 9,2% gestiegen sei. Die Steigerung der Tariflöhne sei eingetreten, obwohl inzwischen der Lebenshaltungsindex um rund 3% zurückgegangen sei. Durch diesen Rückgang des Lebenshaltungsindex habe die Kaufkraft des Lohnes des Schuhfabrikarbeiters noch eine Erhöhung über die nominelle Lohnaufbesserung hinaus erfahren. Der starke Preisrückgang der Schuherzeugnisse berechtige somit zu der Forderung einer Lohnsenkung.

Ein höchst einfaches Rezept: der Preis ist zurückgegangen, also muss der Lohn herunter! Dass bei der Preisbildung noch einige andere Faktoren als der Lohn mitspielen, scheint den Schuhfabrikanten gar nicht mehr geläufig zu sein. Wie stehts mit dem Häute- und Lederpreis? Um wieviel haben die Preise durch die Zinsverbilligung nachgegeben? Um wieviel durch die Rationalisierungsmassnahmen, die gerade in der Schuhindustrie sehr scharf durchgeführt wurden?

Wenn wir nicht irren, dann ist die Rationalisierung auch ein sehr starker Zwang zur Intensivierung der Arbeit und damit zur Mehrbelastung der Arbeiter. Wieweit, so darf man weiter fragen, hat nun eben diese Steigerung der Produktivität Anteil an der Verbilligung? Und schliesslich muss man wohl auch die Frage aufwerfen: wie lange haben denn die Schuharbeiter vorher warten müssen, bis endlich ihre Löhne aufgebessert wurden? Wie viel wurde in diesem Zeitraum auf Grund höherer Preise verdient, ohne dass die Arbeiter davon profitierten? Eine Preissenkung bedeutet doch noch lange nicht unter allen Umständen ein Opfer für den Unternehmer. Wohl aber bedeutet eine Lohnsenkung ein solches Opfer für den Arbeiter, wenn nicht durch eine entsprechende Senkung der Lebenshaltungskosten die Kaufkraft dieses Lohnes wieder gestützt wird. Dass von einer solchen Stützung ernsthaft nicht gesprochen werden kann, sieht schon ein Laie, wenn er sich die Teuerungsfaktoren vergegenwärtigt, die in der jüngsten Zeit immer stärker und schärfer in Erscheinung getreten sind. Das Leben ist für den Arbeiter nicht billiger geworden. Der Versuch, trotzdem durch einfachen Hinweis auf eine Preissenkung schematisch einen Lohnabbau fordern zu wollen, läuft vor allem in der Schuhindustrie auf einen glatten Betrug an den Arbeitern hinaus.

SPD. Die Lohn- und Arbeitszeitfragen der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie rücken wieder in den Vordergrund. Im Mittelpunkt der zur Zeit in Essen stattfindenden Verhandlungen für die Eisenindustrie Nordwest steht die Arbeitszeitfrage. Hier ist in der Tat eine Besserung der Verhältnisse dringend notwendig. Die Arbeitszeitverhältnisse in der Metallindustrie Nordwest sind ausserordentlich buntscheckig, wodurch sich viel Differenzen ergeben. Nach einer Statistik, die im Mai vorigen Jahres durchgeführt wurde, hatten damals von 213 000 Arbeitern nur 31 909 die uneingeschränkte 48-Stunden-Woche, 100 089 arbeiteten 52 Stunden, 17 969 - 54-Wochen-Stunden, 61 461 = 57 Wochenstunden und 1400 = 60-Wochenstunden. Durch den Severingschen Schiedsspruch waren Ende 1928 für 14 660 Arbeiter die 48-Stundenwoche eingeführt worden. Von den 8 820 in den Hochofenbetrieben des Bezirks beschäftigten Arbeiter hatten nur 4 195 bisher die 48-Stundenwoche.-

Die Neigung zu einer Verständigung in der Eisenindustrie soll nach einer Meldung aus Essen auf beiden Seiten vorhanden sein. Die politische Situation lasse beiden Teilen Zurückhaltung zweckmässig erscheinen. Wohl habe der Arbeitgeberverband Nordwest die Stellung der massgeblichen deutschen Eisenführer zur Frage einer neuen Gesamtstillegung in ganz Deutschland klären lassen, das sei aber wohl mehr die Aufstellung der Stammrolle als eine Probemobilmachung gewesen. Die Umfrage habe übrigens nicht zur Feststellung der gewünschten Einheitsfront geführt. Im Ruhrbergbau - hier kann am 15. August zum Ende September gekündigt werden - lasse sich noch nichts Bestimmtes über die Haltung der Arbeitgeber sagen. Wieweit im Bezirk aufgetauchte Vermutungen über einen Verzicht der Arbeitgeber auf Kündigung wegen der neuen politischen Lage richtig sind, lasse sich heute noch nicht übersehen. Komme es für Nordwest zu einer Verständigung, die eine Kündigung für Ende September ausschliesse, dann dürften wohl für eine Kündigung im Ruhrbergbau auf Arbeitgeberseite weniger Hemmungen vorhanden sein.

Vor Lohnsenkungsversuchen im Ruhrbergbau hat der Bergbau-Industriearbeiterverband vor kurzem erst auf seiner Tagung in Breslau gewarnt. Das Einkommen der Ruhrbergleute ist, wie auch in der Frankfurter Zeitung hervorgehoben wird, durch die grosse Zahl der Feierschichten (in der zweiten Juliwoche 42 000 bei rund 330 000 Mann Gesamtbelegschaft) stark gekürzt.

Der versagende Kronzeuge.

(Die Lebenshaltung wird teurer.)

SPD. Das Unternehmertum hat seine Forderung nach Lohnabbau vor allem mit dem sinkenden Teuerungsindex begründet. In der Tat machte sich seit August 1929 im Rahmen der Indexberechnung ein Rückgang der Lebenshaltungskosten bemerkbar. Der Teuerungsindex senkte sich um einige Punkte. Das genügte, um eine unternehmerliche Propaganda zu speisen, die dagin geht, dass mit sinkendem Teuerungsindex die Löhne abgebaut werden müssten, da der steigende Teuerungsindex ja zu Lohnerhöhungen geführt habe.

Diese Beweisführung hat grosse Lücken. Die Lohnerhöhungen in den letzten Jahren sind nicht nur auf Grund der steigenden Lebenshaltungskosten erfolgt. Dieses Moment trat in den Lohnverhandlungen in den meisten Fällen gegenüber dem anderen zurück, die Arbeiterschaft an den Rationalisierungsgewinnen zu beteiligen. Die Rationalisierung brachte eine beispielslose Steigerung der Leistung pro Kopf und eine Verbilligung der Arbeitskraft. Die Beteiligung an den Erfolgen der Rationalisierung war deshalb schon aus diesem Grunde gegeben. Des anderen hat sich mit der Rationalisierung die Ernährungsweise besonders in den breiten Massen geändert. Das schärfere Arbeitstempo der Rationalisierung führt zu einem schnelleren Verbrauch der Arbeitsenergien; sie müssen schneller ersetzt und aufgefüllt werden. Das sind Zusammenhänge, die zuguterletzt den Uebergang in unserer Ernährungswirtschaft von der billigeren Kohlenhydraternährung (Kartoffeln, Roggen usw.) zu der teueren Eiweisernährung (Fleisch, Gemüse, Eier, Milch usw.) bedingen. Die aufgezeigte Entwicklung kann man nicht ungeschehen machen und ausschalten. Der amtliche Teuerungsindex, der kurz nach der Inflation konstruiert wurde, trägt aber dieser Entwicklung nicht Rechnung. Er berücksichtigt die Veränderungen in unserer Ernährungswirtschaft nicht und ist damit überholt. So konnte der sinkende Teuerungsindex unter keinen Umständen ein Argument für den Lohnabbau sein und den Lohnraub rechtfertigen. Dass der gegenwärtige Teuerungsindex untauglich ist, beweist wohl am besten die Tatsache, dass man sich gegenwärtig im Reichsstatistischen Amt mit der Konstruktion eines neuen Teuerungsindex beschäftigt. Umso unverständlicher ist es, dass die gegenwärtige Bürgerblockregierung den Lohnraub sanktioniert.

Aber wenn unser Teuerungsindex ein Idealindex wäre und den Veränderungen in unserer Ernährungswirtschaft durchaus Rechnung trüge, wäre er als Kronzeuge für den Lohnabbau durchaus ungeeignet. Der obenerwähnte Rückgang der Lebenshaltungskosten, der ungefähr Mitte 1929 einsetzte, ist im Frühjahr 1930 bereits zum Stillstand gelangt. Schon im April war die Entwicklung des Teuerungsindex z.B. in den preussischen Berichtsgemeinden durchaus uneinheitlich. So betrug die Senkung für April 1930 gegenüber dem Monat März 1930 (die Teuerungszahlen immer in Reichsmark angegeben), z.B. in Magdeburg 4,05 Mark, in Hannover aber nur 2,38 Mark, in Krefeld 2,17, in Berlin 2,20 und in Herford nur 2,07 Mark. Im Mai 1930 wurde der Rückgang noch geringer. Für den Juni lässt sich eine allgemeine Erhöhung der Lebenshaltungskosten feststellen:

In der Zeit von April 1930 bis Juni 1930 steigerte sich z.B. die Teuerungszahl im Monatsdurchschnitt und in Reichsmark, in Königsberg von 157,25 Mark auf 161,41, in Berlin von 150,21 auf 154,75, in Eberswalde von 129,44 auf

Der versagende Kronzeuge.

(Die Lebenshaltung wird teurer.)

SPD. Das Unternehmertum hat seine Forderung nach Lohnabbau vor allem mit dem sinkenden Teuerungsindex begründet. In der Tat machte sich seit August 1929 im Rahmen der Indexberechnung ein Rückgang der Lebenshaltungskosten bemerkbar. Der Teuerungsindex senkte sich um einige Punkte. Das genügte, um eine unternehmerliche Propaganda zu speisen, die dagin geht, dass mit sinkendem Teuerungsindex die Löhne abgebaut werden müssten, da der steigende Teuerungsindex ja zu Lohnerhöhungen geführt habe.

Diese Beweisführung hat grosse Lücken. Die Lohnerhöhungen in den letzten Jahren sind nicht nur auf Grund der steigenden Lebenshaltungskosten erfolgt. Dieses Moment trat in den Lohnverhandlungen in den meisten Fällen gegenüber dem anderen zurück, die Arbeiterschaft an den Rationalisierungsgewinnen zu beteiligen. Die Rationalisierung brachte eine beispielslose Steigerung der Leistung pro Kopf und eine Verbilligung der Arbeitskraft. Die Beteiligung an den Erfolgen der Rationalisierung war deshalb schon aus diesem Grunde gegeben. Des anderen hat sich mit der Rationalisierung die Ernährungsweise besonders in den breiten Massen geändert. Das schärfere Arbeitstempo der Rationalisierung führt zu einem schnelleren Verbrauch der Arbeitsenergien; sie müssen schneller ersetzt und aufgefüllt werden. Das sind Zusammenhänge, die zuguterletzt den Uebergang in unserer Ernährungswirtschaft von der billigeren Kohlenhydraternährung (Kartoffeln, Roggen usw.) zu der teueren Eiweisernährung (Fleisch, Gemüse, Eier, Milch usw.) bedingen. Die aufgezeigte Entwicklung kann man nicht ungeschehen machen und ausschalten. Der amtliche Teuerungsindex, der kurz nach der Inflation konstruiert wurde, trägt aber dieser Entwicklung nicht Rechnung. Er berücksichtigt die Veränderungen in unserer Ernährungswirtschaft nicht und ist damit überholt. So konnte der sinkende Teuerungsindex unter keinen Umständen ein Argument für den Lohnabbau sein und den Lohnraub rechtfertigen. Dass der gegenwärtige Teuerungsindex untauglich ist, beweist wohl am besten die Tatsache, dass man sich gegenwärtig im Reichsstatistischen Amt mit der Konstruktion eines neuen Teuerungsindex beschäftigt. Umso unverständlicher ist es, dass die gegenwärtige Bürgerblockregierung den Lohnraub sanktioniert.

Aber wenn unser Teuerungsindex ein Idealindex wäre und den Veränderungen in unserer Ernährungswirtschaft durchaus Rechnung trüge, wäre er als Kronzeuge für den Lohnabbau durchaus ungeeignet. Der obenerwähnte Rückgang der Lebenshaltungskosten, der ungefähr Mitte 1929 einsetzte, ist im Frühjahr 1930 bereits zum Stillstand gelangt. Schon im April war die Entwicklung des Teuerungsindex z.B. in den preussischen Berichtsgemeinden durchaus uneinheitlich. So betrug die Senkung für April 1930 gegenüber dem Monat März 1930 (die Teuerungszahlen immer in Reichsmark angegeben), z.B. in Magdeburg 4,05 Mark, in Hannover aber nur 2,38 Mark, in Krefeld 2,17, in Berlin 2,20 und in Herford nur 2,07 Mark. Im Mai 1930 wurde der Rückgang noch geringer. Für den Juni lässt sich eine allgemeine Erhöhung der Lebenshaltungskosten feststellen:

In der Zeit von April 1930 bis Juni 1930 steigerte sich z.B. die Teuerungszahl im Monatsdurchschnitt und in Reichsmark, in Königsberg von 157,25 Mark auf 161,41, in Berlin von 150,21 auf 154,75, in Eberswalde von 129,44 auf

auf 130, in Senftenberg von 145,82 auf 148,26, in Demmin von 129,86 auf 129,91 in Stettin von 147,62 auf 150,09, in Neustettin von 128,37 auf 129,81, in Stolp von 123,48 auf 128,74, in Reichenbach (Eulengebirge) von 129,99 auf 130,17, in Waldenburg i.Schl. von 131,36 auf 139,29, in Gleiwitz von 150,83 auf 151,06, in Halberstadt von 139,40 auf 140,03 , in Magdeburg von 133,25 auf 133,68, in Weissenfels von 132,71 auf 134,90, in Erfurt von 140,52 auf 140,99, in Kiel von 144,49 auf 144,95, in Göttingen von 131,93 auf 134,03, in Dortmund von 156,82 auf 157,79, in Hagen (Westf.) von 158,11 auf 158,17, in Fulda von 146,64 auf 146,90, in Frankfurt a.M. von 165,71 auf 165,72, in Koblenz von 164,16 auf 164,82, in Essen von 144,42 auf 145,21, in Krefeld-Uerdingen a.Rh. von 150,98 auf 155,08, in Solingen von 161,55 auf 163,74, in Köln von 157,01 auf 158,94 und in Aachen von 150,84 auf 152,62 Mark.

Die Steigerung der Lebenshaltungskosten ist nicht zufällig. Dafür sorgte schon der Reichsernährungsminister Schiele mit seinen Zollerhöhungen, Einfuhrdrosselungen usw. Wir müssen nach Lage der Dinge - von der bombastisch angekündigten Preissenkungsaktion versprechen wir uns nicht viel - mit einem steigenden Teuerungsindex rechnen. Die Unternehmerschaft, die ja den Teuerungsindex für den Lohnabbau ins Treffen geführt hat, müsste also auf Grund des gleichen Teuerungsindex sich zu Lohnerhöhungen bequemen.

SPD. Die dem Zentralverband deutscher Konsumvereine angeschlossenen Konsumgenossenschaften erzielten im Monat Juni 1930 einen Wochenumsatz pro Mitglied von 8,44 Mark. Der Durchschnittsumsatz ist gegenüber dem Vormonat gleichgeblieben. Das Ergebnis im Juni dürfte dadurch beeinflusst worden sein, dass die Woche nach Pfingsten nur 5 Umsatztage hatte, wodurch sich der Gesamtumsatz von etwa 16,67 Millionen in der Vorwoche auf 11,68 Millionen Mark verringerte. Das entspricht einem Pro-Kopf-Umsatz von 7,02 Mark gegenüber 10,02 Mark. Die entsprechenden Zahlen für 1929 bezw. 1928 und 1927 betragen 8,89 bezw. 8,02 und 6,22 Mark.

Den Zentralverbandsdurchschnitt von 8,44 Mark überschritten der Verband nordwestdeutscher Konsumvereine um 1,53 Mark, der Verband Rheinland-Westfalen um 0,57 Mark und der Verband sächsischer Konsumvereine um 2,68 Mark. Unter dem Zentralverbandsdurchschnitt blieben der Verband südwestdeutscher Konsumvereine um 2,65 Mark, der Verband schlesischer Konsumvereine um 1,82 Mark, der Verband ostdeutscher Konsumvereine um 1,38 Mark, der Verband württembergischer Konsumvereine um 1,31 Mark, der Verband Thüringer Konsumvereine um 0,83 Mark, der Verband mitteldeutscher Konsumvereine um 0,61 Mark und der Verband bayerischer Konsumvereine um 0,38 Mark. Eine Steigerung des Umsatzes gegenüber dem Monat Mai 1930 weisen der Verband südwestdeutscher Konsumvereine um 0,22 Mark, der Verband schlesischer Konsumvereine um 0,32 Mark, der Verband bayerischer Konsumvereine und der Verband Rheinland-Westfalen um je 0,17 Mark auf. Dagegen ist ein Umsatzrückgang zu verzeichnen in Thüringen um 0,20 Mark, in Ostdeutschland um 0,17 Mark, in Nordwestdeutschland um 0,14 Mark, in Württemberg um 0,12 Mark, in Mitteldeutschland um 0,11 Mark und in Sachsen um 0,05 Mark.

SPD. In der Generalversammlung der Eisenbahn-Verkehrsmittel A.G., die u.a. die Ausschüttung einer Dividende von 15% beschloss, wurde mitgeteilt, dass die Reichsbahn der gesamten Waggonindustrie im Laufe des nächsten Monats einen Auftrag in Höhe von 60 Millionen Mark geben wird. Davon würden auf die Waggonabteilung der Eisenbahn-Verkehrsmittel A.G. etwa 1,6 Millionen Mark entfallen. Es handelt sich dabei um einen Notstandsauftrag für das erste halbe Jahr 1931, der jedoch sofort in Angriff genommen und nach Fertigstellung bezahlt wird.

Ueber das Beschaffungsprogramm der Reichsbahngesellschaft selbst wird

u.a. folgendes bekannt: Zu dem obenerwähnten Betrag von 60 Millionen Mark kommen noch für das laufende Jahr Bestellungen bei der Fahrzeugindustrie in Höhe von 20 Millionen Mark in Frage, so dass aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm rund 80 Millionen Mark für die Fahrzeugindustrie frei werden. Für den Brückenbau sind 10 Millionen Mark, für Sicherungsanlagen 2 Millionen und für verschiedene Materialien (wie Puffer, Einbau von Kupplungen usw., die der chemischen, der Textil- und der Holzindustrie zugute kommen werden) 30 Millionen Mark vorgesehen. Nach einer vorliegenden Meldung sollen an diesen 30 Millionen die Eisenindustrie mit 19, die Metallindustrie mit 4, die Holzindustrie mit 5 und andere Industrien mit etwa 2 Millionen beteiligt sein. Für den Oberbau werden 50 Millionen Mark aufgewandt. Darin dürften jedoch nur für 50 000 Tonnen direkte Bestellungen an die Eisenindustrie enthalten sein, da die Reichsbahn auf Vorräte zurückgreifen wird. Für die Steinindustrie, deren Notlage unbestritten ist, kommen 12 Millionen Mark in Betracht. Weiter sollen 43 Millionen Mark für die Belebung der Neubautätigkeit ausgeworfen werden.

SPD. Die Verhandlungen zwischen der Reichsbahn und der Reichsregierung über die Herausgabe von 250 Millionen Mark Schatzanweisungen sind abgeschlossen. Das Papier wird mit 6% verzinst, ist nach 5 Jahren zurückzuzahlen und dürfte wahrscheinlich einen Emissionskurs von 95% haben.

Berliner Viehmarkt.

(29. Juli)

SPD. Am Dienstagmarkt konnten sich durchweg Preiserhöhungen durchsetzen. Der Rindermarkt, der nur knapp beschickt war, wurde bei festen Preisen geräumt. Auch auf dem Kälber- und Schweinemarkt war das Angebot zu knapp. Das führte zu höheren Forderungen der Verkäufer, jedoch liessen sich, besonders auf dem Schweinemarkt, nur schwer höhere Preise durchsetzen.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 44 - 49 (voriger Mark 43 - 49 7, b) 38 - 43 (37 - 42), c) 33 - 35 (32 - 35), d) 28 - 31 (28 - 30); Kälber: a) - (-), b) 65 - 72 (64 - 72), c) 60 - 70 (60 - 70), d) 48 - 58 (46 - 55), Schweine: a) (über 300 Pfund) 66 - 68 (67 - 68), b) (240 - 300 Pfund) 67 - 71 (68 - 70), c) (200 - 240 Pfund) 68 - 71 (68 - 70), d) (160 - 200 Pfund) 66 - 70 (66 - 70), e) (120 - 160 Pfund) 64 - 66 (64 - 65), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 65 (64).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 29. Juli: I. 145 Mark, II. 135 Mark, III. 119 Mark je Zentner. Tendenz: stetig.

Neue Ware reichlich angeboten.

(Berliner Getreidebörse vom 29. Juli.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Dienstag lustlose Stimmung. Am Markte der Zeitgeschäfte gingen die Notierungen für die meisten Sichten und für beide Brotgetreidearten um zirka 2 bis 3 Mark zurück, trotzdem sich für Roggen wiederum Stützungskäufe bemerkbar machten. Im Handel mit effektiver Ware zeigte sich lediglich einiges Kaufinteresse für Weizen und Roggen aus alter Ernte, das bei knappem Angebot nicht immer befriedigt werden konnte. Dagegen war das Angebot an neuem Brotgetreide recht reichlich, während sich die Käufer ziemlich zurückhielten. Mehl hatte sehr kleines Geschäft, nur der aller kleinste Bedarf wurde gedeckt, wobei die Preislage recht gedrückt war. Hafer hatte stetige Tendenz, das Angebot war nicht dringend. Da aber auch keine Anregung vorlag, blieb die Kauflust klein.

	28.Juli	29.Juli
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	-
Roggen	160 - 163	158 - 161
Braugerste	-	-
Futter- und Industriegerste	174 - 197	174 - 197
Hafer	176 - 183	176 - 183
loco Mais Berlin	-	-
Weizenmehl	31,75-39,50	31,75-39,25
Roggenmehl	22,75-25,50	22,50-25,40
Weizenkleie	10,00-10,50	10,00-10,50
Roggenkleie	10,00-10,60	10,00-10,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 292-289½ (Vortag 291½) September 261½-260½ (264), Oktober 263-262 (265), Dezember 269 (270½). Roggen Juli 175½ (177½), September 175½-174½ (177), Oktober 179½-179 (182), Dezember 189-188 (191). Hafer Juli 188 (183½), September 180-181 Geld, Dezember 189½-189 3/4 (189½).

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 29.Juli.)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	0,90 - 1,00
" Weizenstroh "	"	0,75 - 0,90
" Haferstroh "	"	0,65 - 0,75
" Gerstenstroh "	"	0,60 - 0,75
Roggen-Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	"	0,80 - 0,90
Bindfadengepresstes Roggenstroh	"	0,65 - 0,75
" Weizenstroh	"	- - -
Häcksel Tendenz still	"	1,40 - 1,50
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	"	1,55 - 1,90
Gutes Heu, gesund und trocken	"	2,10 - 2,40
Luzerne, lose	"	- - -
Thymothee, lose	"	2,50 - 2,80
Kleeheu, lose	"	2,50 - 2,70
Mielitz-Heu, lose, rein	"	- - -
" " " (Warthe)	"	- - -
" " " (Havel)	"	- - -
Drahtgepresstes Heu	Pfg.	40 über Notiz.

Tendenz still.